

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

112 (15.5.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M; abgeholt monatl.
65 s; am Postkassette 2,10 M, durch den Briefträger 2,52 M vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.
Postkassette Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinsertate
billiger. Schlag d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm. für geößere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Der Bethmann-Block.

Seit dem Zerfall des Willoblocks hat es im Reichstag keine festgefügte Arbeitsmehrheit gegeben. Nach der Finanzreform von 1909 fanden Liberale und Schwarzblau sich schraubend gegeneinander, und lauter Jubel hallte durch die liberale Presse, als es gelungen war, bei den Wahlen von 1912 die — durch die Willoblockwahlen geschaffene — Schwarzblau-Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Zentrum und Konservative wurden bei der Präsidentenwahl ausgeschaltet und mit sozialdemokratischer Hilfe wurde die Wahl eines liberalen Reichstagspräsidenten durchgesetzt.

Der von der reaktionären Presse an die Wand gemalte Großblock „von Wassermark bis Bebel“ hat dessen ungeachtet keinen Augenblick bestanden, da weder in Militär- noch in Kolonial- noch in Zollfragen eine Einigung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten möglich ist. Aber die Tatsache, daß die Liberalen mit den Sozialdemokraten zusammen eine Mehrheit bilden können, genügt, um das Zentrum und die Konservativen der absoluten Machtstellung, die sie früher eingenommen, zu berauben. Darum war die Taktik der Schwarzblauen von Anfang an darauf gerichtet, jedes auch nur gelegentliche Zusammenkommen einer bürgerlichen Partei als eine Sünde wider den heiligen Geist erscheinen zu lassen. Und jetzt glaubt man soweit zu sein, mit nationalliberaler Hilfe die alte Machtposition wieder beziehen zu können. Der Schwarzblau-Block verläßt durch die nationalliberale Partei joll die Erbschaft des Willoblocks übernehmen und eine feste Mehrheit schaffen, die die Sozialdemokratie nebst der Volkspartei in die Rolle einer ohnmächtigen Opposition verweist.

Dem Zweck dieser Zettelungen dient u. a. auch ein Artikel, den Herr Mathias Erzberger im neuesten „Tag“ veröffentlicht. Der machtlüsterne Zentrumsmann, der i. J. 1907 noch so tapfer neben der Sozialdemokratie steht, hat sich jetzt zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß der verneinte Kampf der Bürgerlichen wider den Umsturz „das große Problem“ der Gegenwart ist. Wer mit der Sozialdemokratie ein Wahlbündnis einget, so verflücht der Geld von 1907, „ist der erfolgreichste Bahnbrecher für die rote Flut, selbst wenn dieses Bündnis nur ein vorübergehendes ist.“ Herr Erzberger will sich bis auf weiteres nicht mehr als erfolgreichster Bahnbrecher für die rote Flut betätigen, vielmehr macht er der fortschrittlichen Volkspartei die bestigsten Vorwürfe, weil sie im Jahre 1912 übte, was sie 1907 vom Zentrum gelernt hatte. Dann aber fährt er fort:

So sehr der notwendige Kampf gegen die Sozialdemokratie hierdurch erschwert werden mag: Rechte, Zentrum und Nationalliberale müssen ihn trotzdem mit aller Entschiedenheit und allen Konsequenzen aufnehmen und geschlossen führen — im Interesse des Staatsganzen. Es gibt keine notwendiger Aufgabe der Gegenwart als diese, und die fünftige Generation würde uns nie von der Schuld des Parteigeizigismus, der berechtigten Anklage der politischen Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit losprechen können, wenn diese Parteien versagen wollten. Die Zeit der Träumer und Ideologen, welche die Sozialdemokratie durch liberalen Chauverie und praktische Gegenwartsarbeit heilen wollten, ist vorüber; die Sozialdemokratie gibt keines ihrer Ziele auf, auch wenn die Volkspartei noch so viele Kompromisse mit ihr abschließt; sie ehnt hierdurch nur ihren Zielen den Weg. Die Rede des Reichstanzlers beim Landwirtschaftsrat hat bisher kein Echo erzeugt, und die Taten fehlen. Die Kleinarbeit des politischen Tages darf die großen Aufgaben nicht in den Hintergrund treten lassen. Geschick und Flug angefaßt, gibt es heute keine zugkräftigere Parole als: Kampf um die Existenz des Bürgerturns gegen den Macht hunger und Terrorismus der Sozialdemokratie!

Herr Fuhrmann oder ein anderer altliberaler Scharfmacher hätte das auch nicht schöner sagen können. Das Zentrum arbeitet ja auch tatsächlich mit den Altliberalen Hand in Hand, und die nationalliberale Partei in den Schwarzblauen Werch zurückzuführen. Als Ziel dieser edlen Bemühungen wird von Herrn Erzberger in Aussicht gestellt, daß es auf diese Weise gelingen könnte, die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen zu „halbieren“, d. h. ihr die Hälfte ihrer Reichstagsitze abzunehmen. Es ist ja auch gar nicht zweifelhaft, daß ein allgemein bürgerlicher Zusammenschluß, bei dem die Fortschrittler aus Angst vor der Einsamkeit am Ende auch mitmachen, die Mandatansprüche der Sozialdemokratie verschlechtert. Je tiefer aber sich in das Bewußtsein der Wähler die Vorstellung einprägt, daß es im Grunde nur noch zwei Parteien gebe, eine sozialdemokratische und eine antisozialdemokratische, desto rascher wird das Schreckgeheimnis Fleisch und Blut gewinnen, das Herr Erzberger mit folgenden Worten an die Wand malt:

Wenn die Sozialdemokratie im Tempo der Vergangenheit weiter zunimmt, dann erlebt die heutige Generation noch den Tag, an dem die Mehrheit der Reichstagswähler den roten

Zettel abgibt, und aus der Mehrheit werden dann 60—75 v. S. Dies sind keine Uebertreibungen, sondern es wäre das sicher zu erwartende Resultat der Entwicklung der Gegenwart.

Herr Erzberger ist klug genug zu wissen, daß die von ihm empfohlene Sammelpolitik viel eher geeignet ist, dieses zu erwartende Resultat herbeizuführen als es zu verhindern. Aber bevor es soweit ist, wird der neueste Artikel des behendigen Herrn ebenso vergessen sein, wie jene Duhende seiner journalistischen Erzeugnisse, in denen er das Zusammengehen seiner Partei mit der Sozialdemokratie verteidigte. Prinzipien, denkt der Kluge, sind dummes Zeug, Taktik ist alles.

Die Taktik des Zentrums geht aber, wie schon gesagt, darauf aus, den Nationalliberalen jeden Rest von tatsächlicher Bewegungsfreiheit nach links zu nehmen. Sie dürfen nicht Zünglein an der Waage spielen, sondern sollen sich als sicheres Gewicht in die Schale der Rechten legen. Zünglein an der Waage wird dann wieder — das Zentrum! Denn wer da glaubt, das Zentrum würde als ausschlaggebende Partei des unter den Auspizien des Herrn v. Bethmann zu bildenden Blocks sich genieren, mit der Bildung einer „Schwarz-roten“ Mehrheit zu drohen, wenn man ihm nicht seinen Willen tut, der ist reif für eine politische Waisenanstalt!

Herr Erzbergers tägliche Prinzipien bilden nur sozusagen den „ideologischen Ueberbau“ eines sehr nüchternen Geschäfts, bei dem die Liberalen mit Glanz hineingelegt werden sollen. Nüchtern: bei dem sie sich selber hineinlegen. Ein in solchen Transaktionen nicht unerfahrener Mann hofft sich dabei sogar eine ganz artige Vermittlergebühr zu verdienen. Denn — um es kurz zu sagen — der zukünftige Reichstagspräsident des Bethmannblocks heißt Herrmann Paasche!

Deutsche Politik.

Eine neue Anklage gegen die Genossin Luxemburg!

Der Militarismus kann sich nicht beruhigen. Er hat nicht genug an den Schlappen, die er sich täglich in den Gerichtssälen und im Reichstag von der Sozialdemokratieholt. Soeben hat der Kriegsminister von Falkenhayn einen neuen Strafantrag gegen die Genossin Luxemburg gestellt, und zwar wegen einer Äußerung, die sie in der Freiburger Kielerverlammlung vom 7. März getan hat. Der Herr Kriegsminister fühlt sich, im Namen des gesamten Offiziers- und Unteroffizierskorps der deutschen Armee beleidigt durch die Behauptung unserer Genossin, daß in der deutschen Armee Soldatenmißhandlungen auf der Tagesordnung stehen. Dadurch sei nach der Meinung des Kriegsministers der schwere und beleidigende Vorwurf der Pflichtvergessenheit bei der Unterdrückung der Soldatenmißhandlungen gegenüber den Vorgesetzten in der deutschen Armee erhoben. Eine bessere Gelegenheit, das dunkle Kapitel der Soldatenmißhandlungen, der „Dramen in der deutschen Kaserne“, wie sich die Genossin in jener Versammlung ausgedrückt hat, vor Gericht ins volle Licht zu rücken, konnte uns gar nicht geboten werden. Wieder einmal: Es leben unsere Freunde — die Feinde!

Das friedfertige französische Volk.

Der Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ beurteilt die internationale Situation, wie sie durch die französischen Wahlen geschaffen worden ist, ganz ähnlich wie die sozialdemokratische Presse. Er unterstreicht noch einmal, daß die beiden großen Parteien den Sieg davon getragen haben, die über die gefährlichen Zufälligkeiten der Politik hinweg eine herzliche Annäherung an das deutsche Volk wünschen:

„Diese beiden Parteien herrschen jetzt im Palais Bourbon und in Frankreich. Sie werden die ihnen genehmen Minister der auswärtigen Angelegenheiten wählen und militärischen Draufgängern eins über die Finger ziehen. Und so bestätigt das Scrutinium der allgemeinen Wahl das, was sehr wenige Rutige seit langem der verhehten Welt zugerufen haben: das französische Volk in seiner großen Mehrheit ist friedfertig gesinnt, es ist nicht chauvinistisch, es darf nicht nach dem Pariser Geschrei beurteilt werden; das französische Volk in seiner ungeheuren Majorität will nichts von Revanche hören und denkt nicht an einen Angriff gegen Deutschland. Das alles war bis jetzt schon für jeden klar, der sein Wissen nicht aus Zeitungen und Wochenchriften, sondern aus dem Leben des Volkes jeden Tag bezog; jetzt hat die Wahl es auch dem Sumpfen zeigen können.“

Wenn das „Berliner Tageblatt“ diese Kenntnis schon so lange hatte, dann ist es doppelt bedauerlich, daß es selbst und seine politischen Freunde sich nicht mit allem Nachdruck seiner Heeresvorlage widersetzten, die zum guten Teil mit der Kriegs- und Revanchelust des französischen Volkes begründet wurde. Aber wir würden gern vergangenes vergangen sein lassen, wenn wir wenigstens hoffen dürften, daß der entschiedene Liberalismus in der Zukunft aus den Ergebnissen der französischen Wahl die entsprechenden Konsequenzen zöge.

Ein Gegenstück zum Fall Stöcker.

Unter Hinweis auf ein falsches Zitat aus dem Protokoll der Jugendkonferenz im Jahre 1907 hatte der Preva-

minister im Reichstage zum Fall Stöcker erklärt, daß niemand das Recht zum Einjährigendienst in Anspruch nehmen könne, der die Grundlagen der Armee zu zerstören suche. Stöcker habe das im besonderen Maße getan. — Demgegenüber sei an einen Fall erinnert, bei dem ein sozialdemokratischer Redakteur sogar wegen Beleidigung des Offizierskorps fünf Monate Gefängnis absitzen mußte, trotzdem zum einjährig-freiwilligen Dienst zugelassen und später befördert wurde. Es handelt sich um den Genossen Josef D., der im Jahre 1896 als Redakteur der Mannheimer „Volksstimme“ unter der Ueberschrift „Brüderliches“ über Zusammenstöße patriotischer Offiziere und Bürgern in Mülhausen i. Elz. berichtete und deshalb im April 1897 vor der Mülhauser Strafkammer zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde; der Staatsanwalt hatte sogar neun Monate Gefängnis beantragt. D. wurde noch im Gerichtsjaal verhaftet. Während seiner Gefängnishaft stellte er sich zum einjährig-freiwilligen Dienst und der Polizeikommissar des badischen Bezirksamts Mannheim stellte ihm am 31. Mai ein Zeugnis aus, in dem gesagt wird:

„... wird zum Zwecke des Eintritts als Einjährig-freiwilliger bescheinigt, daß er sich vom 29. Mai 1891 bis 21. Juli 1892 und vom 3. September 1893 bis zum 24. April ds. Js. in hiesiger Stadt aufgehalten hat und während dieser Zeit wie folgt bestraft wurde: Im Laufe des Frühjahrs d. J. wegen Nichtnennung eines Gewährsmannes in einem Zeugniszwangsverfahren „einen Artikel in der „Volksstimme“ betreffend“ vom großherzoglichen Untersuchungsrichter, hier mit 100 Mk., ferner durch Urteil der Strafkammer Mülhausen am 24. April wegen Beleidigung durch die Presse mit fünf Monaten Gefängnis, sonst aber nichts nachteiliges gegen denselben hier bekannt geworden ist.“

D. wurde am 30. September 1897 aus dem Gefängnis entlassen; schon am nächsten Tage, am 1. Oktober 1897, wurde er für würdig erachtet, den Soldatenrod als Einjährig-freiwilliger anzuziehen und er diente sein Jahr beim zweiten badischen Grenadier-Regiment ab. Hier wurde er auch zum Unteroffizier befördert und das Führungszettel spendete ihm Lob für sein tadelloses dienstliches Verhalten.

Man sieht, zu welchen grotesken Ungerechtigkeiten der preussisch-deutsche Militarismus aus Furcht vor dem steigenden Einfluß der Sozialdemokratie und in der Erkenntnis seiner wachsenden inneren Schwäche getrieben wird. Vor 16 Jahren konnte ein sozialdemokratischer Redakteur sofort nach dem Verlassen des Gefängnisses seinen Dienst als Einjährig-freiwilliger antreten — heute spricht man einem Zweiundzwanzigjährigen, niemals bestraften jungen Menschen die „moralische Qualifikation“ zum einjährig-freiwilligen Dienst ab.

Sozialdemokraten sind mündere Rechte.

Zwei Schulvorstandsmitglieder in Streifau, einem Orte des Kreises Weiskensfeld, die bereits sechs resp. zwölf Jahre ihr Amt gewissenhaft verwaltet hatten, wurden bei der jetzt stattgefundenen Neuwahl nicht wieder bestätigt. Auf ihre Beschwerde entschied der Landrat in Weiskensfeld:

„Sie haben bei der letzten Landtagswahl festgestellt, terwahren (!) eine von der sozialdemokratischen Partei aufgestellten Wahlmann gewählt und sich damit als Anhänger (!) dieser Partei bekannt. Die Weltanschauung aber, die die sozialdemokratische Partei vertritt, steht in scharfem Gegensatz zu der christlichen, königstreuen und vaterländischen Weltanschauung, wie sie von einem Mitgliede des Schulvorstandes verlangt werden muß. Aus diesem Grunde konnte ihre Wahl zum Mitgliede des Schulvorstandes nicht bestätigt werden.“

Dabei sind die beiden Nichtbestätigten gar nicht Mitglieder der Partei! In Preußen macht aber schon die Stimmgabe für einen sozialdemokratischen Wahlmann dazu unfähig, im Schulvorstande zu wirken; nicht die Befähigung, sondern die Gefinnung ist für die Behörden maßgebend.

Reaktionäre Maßnahmen in Bayern.

Die Münchener Polizeibehörde hatte den Festzug des bayerischen Arbeiterjängerbundes, der zu Pfingsten stattfinden soll, bereits in all seinen Einzelheiten genehmigt. Infolge der Besche der Zentrumspreffe hat die Polizeidirektion neuerdings abgeänderte Vorschriften über den Festzug gemacht, der im Gegensatz zu all derartigen in München sehr häufigen Veranstaltungen nicht den üblichen Weg nehmen, sondern durch fast menschenleere Gegenden geführt werden soll. Infolgedessen hat der Münchener Gewerkschaftsverein nach einer lebhaften Debatte beschlossen, sich an diesem Festzug der Arbeiterjänger nicht zu beteiligen, da sie es für unter ihrer Würde halten, sich den polizeilichen Schikanen zu fügen. Damit ist der Festzug selbst in Frage gestellt. Es wurden auch Stimmen laut, daß angesichts der unwürdigen Zustände, die jetzt unter dem schwarzen Regiment herrschen, am liebsten das Münchener Sängerefest an einen andern Ort verlegt werden sollte, wenn die Vorbereitungen nicht schon zu weit gediehen wären. Das Sängerefest selbst findet, wie bekannt, im städtischen Ausstellungspark statt.

Seite 2
in die Studie
wurden für
geht.
daß in den
unbekannt
träge in G
oben. Die
informati
Beamten W
Babel, Be
ermann N
die Inzerat
24.
Berill
fauber gepu
alle Damen
Tel.
Durlach
Nr. 16.
parat grafis
Königs-
in Baden
Schuld Solingen
reparatur
Aufstraße 36
Königsstraße 19
arbeiten in
Qualität.
und Abzüge
3.00
und Abzüge
2.10.
tur kann ge
werden. 743
ot, verstellbar.
Zett mit Post
18. 18
11hr. Schran
tor zu vert.
18. 18.
57, 2. Stod
t. Zimmel
lon, in Sch
oder Inter

Zum Fall Schleinitz.

Am 22. April brachte die „Germania“ Enthüllungen über die Verabschiedung des ostafrikanischen Schutztruppenkommandeurs Oberst v. Schleinitz. Das Blatt berichtete, das Verbleiben des Herrn v. Schleinitz im Amt sei schon 1910 in Frage gestellt gewesen, wenn nicht an einem Dar-es-Salamer Bericht eine Aenderung vorgenommen worden wäre, die es ihm ermöglicht habe, nochmals aus seinem Urlaub in die Kolonie zurückzuführen. Dann sagt die „Germania“: „Es ist auch durchaus einleuchtend, daß ein Schutztruppenkommandeur nicht auf seinem Posten bleiben kann, der seinen Offizieren folgende Instruktion gibt: „Sie kommen jetzt nach A. auf Posten; wenn Sie nicht binnen Jahresfrist einen Aufstand in Ihrem Bezirk haben, kann ich nicht weiter mit Ihnen kapitulieren.“

Jetzt erst nimmt Herr v. Schleinitz das Wort in der freikonservativen „Post“ und zwar in einem Leitartikel der Nummer vom Mittwochabend unter der Rubrik: „Warum ich gehen mußte.“ Diese Frage wird zwar nicht beantwortet, aber um so mehr wird in dem Artikel der ehemalige Gouverneur Frhr. v. Neuenberg angeführt: er habe alles gewußt und als Vorgesetzter alles gebilligt, was dem Oberst v. Schleinitz zum Verhängnis wurde. Auch wird v. Neuenberg beschuldigt, dem Abg. Erzberger das Material zu dem Felzbuch gegen v. Schleinitz geliefert zu haben.

Hohenzollerngenies und Quignons.

In der „Zukunft“ hat jüngst der Junker Werner von Schulenburg gereimte Klage darüber angestimmt, daß die Hohenzollern im Laufe von 500 Jahren nur ein einziges Genie, den alten Fritz, hervorgebracht und überhaupt „wenig Feuer“ gezeigt hätten. „Warum“, so fragte der Elegiker, „warum ist kein Quignon von Gottes Gnade?“ — Durch dieses Gedicht, das als Ausdruck unerbittlicher Junkerfeindschaft erhebliches Aufsehen erregte, hat sich der konservative „Reichsbote“ aufs Eis locken lassen, er untersucht nun seinerseits die Frage, wieviel Genies das Hohenzollernhaus hervorgebracht habe. Aber auch dieses genungstüchtige Blatt kommt überraschenderweise bei der Aufzählung der Zollerngenies über Daumen und Zeigefinger nicht hinaus. Es meint:

„Zunächst stimmt schon das mit dem einen Genie nicht. Neben dem großen Friedrich hat zweifellos auch der Kurfürst, dem die Welt den Beinamen des Großen zuerkannt hat, den vollen Anspruch, unter die genialen Persönlichkeiten gerechnet zu werden.“

Ueber die Genialität des Großen Kurfürsten mag sich der Junkerpoet mit dem Junkerblatt weiter auseinandersetzen. Jedenfalls aber ist das noch länger her als die Zeit des großen Fritz. Danach hätte die geniale Epoche der Hohenzollernregierung innerhalb eines halben Jahrtausends noch kein ganzes Jahrhundert gedauert und im Jahre 1786 ihren bis auf weiteres endgültigen Abschluß gefunden. Das ist eine etwas merkwürdige Feststellung für ein konservatives Blatt. Der „Reichsbote“ findet allerdings für die Späteren noch verschiedene schmückende Beiwerke wie „tätig“, „tapfer“, „pflichtbewußt“; aber diese Trostpfeile müssen im Zusammenhang der Erörterung doch einigermaßen verstimmend wirken.

Besser als in der etwas lahmen Verteidigung bewährt sich der „Reichsbote“ im Gegenangriff. Er trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er auf des Schulenburgers Klage, warum nicht an Stelle der Hohenzollern die Quignons regierten, folgendes erwidert:

„Wenn Werner von der Schulenburg die Zahl der Genies unter den Hohenzollern zu dürftig erscheint, so fühlt man sich veranlaßt zu der Gegenfrage, wo denn die Genies unter den Quignons sind, denen er den Vorrang zu geben scheint?“

Ja, nun ist es an den Schulenburgs und Quignons, ein langes Gesicht zu machen. Genie? Was ist denn das, und braucht man das zum Regieren? Uns scheint, die Vertreter des Erblichkeitsprinzips täten gut, mit der ganzen Debatte schleunigst Schluß zu machen. Denn wenn die verschiedenen altadeligen Familien sich noch länger gegenseitig die Genies vorrechnen wollten, die sie nicht

hergebracht haben, könnte die ganze Rechnung noch mit einem Bruchresultat enden.

Ausland.

Oesterreich.

Der Reichshandelsrat als Polizeipolizist. Am Mittwoch begann vor der Prager Schwurgericht die Verhandlung in der Beschuldigungsklage, die der ehemalige Reichsrats- und Landtagsabg. und Obmann des reichsrätlichen Klubs der tschechisch-nationalistischen Partei, Dr. Karl Svoboda gegen den verantwortlichen Redakteur der Prager „Rozhodni Listy“ Dr. Servaz Heller, angestrengt hat. Das Blatt hatte den Abgeordneten beschuldigt, daß dieser unter dem Namen „Wiener“, sei es für ein Monatsgehalt von 800 Kronen, sei es für besondere Entlohnungen, vom Jahre 1910 an der Staatspolizei Spitzeldienste leistete, durch die er zum Schaden der tschechischen Politik vertrauliche Beschlüsse tschechischer politischer Parteien verraten habe.

Dr. Heller erklärte, er wolle den Wahrheitsbeweis dahin führen, daß der Kläger in Verbindung mit der Polizei gestanden habe, und daß die Beschuldigung vom Standpunkt der politischen Moral wahr sei. An Hand der Nachforschungen des Abg. Ansg. früherer Redakteur der „Rozhodni Listy“, erklärte der Angeklagte, daß ein tschechischer Jurist in der Redaktion die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß Svoboda Vertrauensmann der Staatspolizei sei. Er habe hierfür 9000 Kronen jährlich bezogen. Ueberdies habe er für besondere Nachrichten Extrahonorare erhalten.

Dem Antrage des Verteidigers entsprechend, sollen eine Reihe von Zeugen, darunter die Mitglieder des Geheimtribunals, das den Schuldspruch über Svoboda im Nationalrat auf Grund der vorgelegten Beweise gefällt hat, als Zeugen geladen werden.

Frankreich.

Die Berufstellung der sozialdemokratischen Kammermitglieder in Frankreich. Von den bei den letzten französischen Kammerwahlen gewählten Sozialdemokraten sind 65 Arbeiter und Angestellte, 6 Kleinbauern und kleine Weingutsbesitzer, 6 Lehrer, 6 Mediziner und Apotheker, 4 Kaufleute, 9 gehören dem höheren Berufsstand an, 6 sind Rechtsanwältinnen, 1 ist Rechtsanwältin und Journalistin, 1 Ingenieur und 9 sind Journalisten. Es sind somit in der sozialistischen Kammerfraktion alle Berufsstände vertreten; der überwiegende Teil aber gehört dem Proletariat an.

Ein Merkmal der Wahlbewerber wurde in Lille in Nordfrankreich aufgedeckt. Aus Brüssel nach Lille gekommene Klosterbrüder gaben auf Grund gefälschter Wahlausweise in den verschiedenen Wahllokalen ihre Stimmen für die reaktionären Kandidaten ab. Die Wahlschlüsse, welche die frommen Betrüger benutzten, waren die von der Bürgermeisterei offiziell ausgegebenen. Der Wahlbewerber war jedoch erfolglos. Andere Genossen Delory und Chesquiere wurden wiedergewählt. Sie haben jedoch eine Anklage gegen den Bürgermeister von Lille erhoben, der auch bereits von seinem Amt zurückgetreten ist. Der ganze Stadt hat sich ob des großen Schwindels eine große Aufregung bemächtigt. Eine Riesendemonstration, an der 30 000 Personen teilnahmen, verlangte am Dienstagabend die Amtsenthebung des Gemeinderats. Der Wahlbewerber wurde durch die Aufmerksamkeit unserer Genossen aufgedeckt.

Badischer Landtag.

74. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 14. Mai.

Präsident Rohrbuch eröffnet die Sitzung um 9 20 Uhr.

Am Regierungstisch: Ministerialrat Wolpert.

Eisenbahnpetitionen.

Abg. Kahn (Soz.) berichtet über die Petition der Gemeinderäte Reichenbach, Rüttenbach, Sattelbach und Redargerach um Erstellung eines eisernen Fußgängersteiges über die Eisenbahn bei Redargerach. Die Petenten weisen auf die bereits im Jahre 1911 eingereichte Petition hin. Die Erfüllung des Wunsches ist aus Verkehrsgründen erwünscht. Die Regierung weist demgegenüber auf die Kosten und Betriebsverhältnisse hin. Die Kommission hält das Bedürfnis für begründet und beantragt Kenntnisnahme.

Abg. Schell (Zentr.) be dauert den ablehnenden Standpunkt der Regierung. Die Regierung sollte die Sache nochmals prüfen.

Abg. Bantschbach (Konf.) unterstützt die Ausführungen Schells.

Ministerialrat Wolpert weist auf die Gefahren für die Sicherheit bei einer Aenderung hin. Die Regierung wird die Sache nochmals prüfen.

Der Antrag auf Kenntnisnahme wird angenommen. Abg. Welser (Zentr.) berichtet über die Petition des Eisenbahnkomitees und der Gemeinderäte Merchingen, Bronnacker und Rosenbergrach um Erbauung einer normalspurigen Bahn von Rosenbergrach nach Merchingen. Die Petition wurde schon öfters empfehlend überwiefen. Die Kommission hält den Wunsch für berechtigt und begünstigt deshalb, daß die Regierung Mittel für die Vorarbeiten einstelle. Die Kommission bittet um baldige Inangriffnahme der Vorarbeiten und beantragt empfehlende Ueberweisung.

Abg. Hertle (Konf.) unterstützt die Petition.

Ministerialrat Wolpert teilt mit, daß, sobald die Regierung die Bedürfnisfrage völlig anerkannt hat, sie mit den Arbeiten beginnen wird. Borek ist es jedoch noch nicht soweit.

Abg. Bantschbach (Konf.) bittet die Regierung, der Frage näher zu treten.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Das Projekt ist dringend notwendig zur Erschließung des Hinterlandes.

Der Antrag auf empfehlende Ueberweisung wird angenommen.

Abg. v. Gleichenstein (Zentr.) berichtet über die Petition der Gemeinde Dietelhausen um Errichtung einer Güterstation mit Wagenverladungsberfahr. Die Güterstation ist aus wirtschaftlichen Gründen erwünscht. Die Regierung kann jedoch ein Bedürfnis nicht anerkennen; auch weist sie auf die hohen Kosten hin. Die Kommission beantragt Kenntnisnahme.

Präsident Rohrbuch teilt mit, daß ein Antrag Schofer (Zentr.), Geiß (Soz.), Benedek (F. Vp.) u. Gen. einging, die Petition empfehlend zu überwiefen.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.) begründet den Antrag. Nachdem eine gewisse Berechtigung des Bedürfnisses anerkannt wird, hätte man den Antrag empfehlend überwiefen sollen.

Abg. Geiß (Soz.): Es wäre ein Akt der Billigkeit, wenn die Regierung der Petition der Gemeinde Dietelhausen nachkommen würde. In Anbetracht der schwierigen, wirtschaftlichen Verhältnisse des Hinterlandes sollte man dem Wunsche nachkommen und die Petition empfehlend überwiefen.

Regierungsrat Wolpert: Die Regierung kam zu der Ueberzeugung, daß ein Bedürfnis für eine völlige Güterstation nicht vorliegt.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Es wäre zu wünschen, daß eine völlige Güterstation errichtet wird.

Abg. Hertle (Konf.) schließt sich den Vordemern an.

Abg. v. Gleichenstein (Zentr.) weist als Richterhatter darauf hin, daß die Kommission die Petition genau prüfte und darauf hin zur Ueberweisung auf Kenntnisnahme kam.

Der Antrag der Abgg. Schofer, Geiß u. Gen. auf empfehlende Ueberweisung wird mit großer Mehrheit angenommen.

Abg. v. Gleichenstein (Zentr.) berichtet über die Petition der Gemeinde Bollmatingen um Errichtung einer Salzhalle daselbst. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Der Antrag auf empfehlende Ueberweisung wird angenommen.

Abg. Hertle (Konf.) berichtet über die Petition der Bürger und Einwohner von Alfeld um Weiterführung der Scheffelsbahnbahn bis Alfeld. Die Kommission beantragt Kenntnisnahme.

Abg. Bantschbach (Konf.) unterstützt die Petition.

Der Antrag auf Kenntnisnahme wird angenommen.

Abg. Weber (Soz.) berichtet über die Petition des Stadtrats Pforzheim, zugleich namens der übrigen beteiligten Gemeinden um Erstellung einer

Bahnverbindung zwischen Weilerstadt und Pforzheim. Die Petition lag dem Landtag schon öfters vor und wurde 1912 empfehlend überwiefen, ohne daß der Wunsch erfüllt wurde. Die Bahn sollte eine Durchgangsbahn sein. Die Kommission stellt den Antrag auf empfehlende Ueberweisung und bittet die Regierung, mit Württemberg Verhandlungen aufzunehmen.

Abg. Oberwald (F. Vp.) weist auf die frühere Behandlung dieses Bahnprojektes hin. Mit dem Antrag der Kommission auf empfehlende Ueberweisung bin ich einverstanden. Die Grabrede eines württembergischen Abgeordneten auf die Württembergbahn darf nicht unüberhört bleiben. Die Pforzheimer Industrie schafft nach dieser Gegend Württembergs große Vorteile. Waben sollte aus dieser ablehnenden Haltung Württembergs bei anderen Fragen, wie bei der Kanalisation, die Konsequenzen ziehen. Die badische Regierung sollte ihre ablehnende

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

16

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Sie lud den Bürger Brotteaux ein, den Kapaun mit ihr zu verpeisen. Er nahm diese Einladung an und beglückwünschte seine Wirtin zu dem holden Küchenbub, den man bei ihr atmete. In der Lat dustete das Maleratelier nach kräftiger Fleischbrühe.

„Sie sind sehr liebenswürdig, mein Herr,“ sagte die gute Frau. „Um den Magen auf Ihren Kapaun vorzubereiten, hab' ich eine Suppe mit Kräutern gekocht, mit Speckschwarte drin und einem dicken Rindsknochen. Nichts gibt der Suppe mehr Wohlgeruch, als ein Markknochen.“

„Ein löblicher Grundsat, Bürgerin,“ erwiderte der alte Brotteaux. „Und wenn Sie klug sind, tun Sie diesen kostbaren Knochen morgen, übermorgen und die ganze Woche lang in den Suppentopf; er wird der Suppe stets Wohlgeschmack geben. Die Sibille von Panzoust machte es ebenso. Sie kochte eine grüne Kohlsuppe mit einer gelben Speckschwarte und einem alten Saborados. So nämlich heißt in ihrer und meiner Heimat der schmackhafte und saftige Rindsknochen.“

„War die Dame, von der Sie reden, mein Herr,“ fragte die Bürgerin Gamelin, „nicht vielleicht zu sparsam, da sie denselben Knochen so oft auskochte?“

„Ja, es ging ihr nicht gut,“ antwortete Brotteaux. „Sie war arm, obwohl eine Prophetin.“

In diesem Moment trat Gamelin ein, tief erregt von der vernommenen Beichte und entschlossen. Elobies Verfänger auszumitteln, um die Republik wie seine Liebe an ihm zu rächen.

Nach den üblichen Höflichkeitsphrasen nahm der Bürger Brotteaux den Hahn seines Gesprächs wieder auf.

„Die berufsmäßigen Wahrsager gelangen selten zu Wohlstand. Man kommt nur zu bald hinter ihre Schliche. Ihre Betrügereien erwecken Haß. Aber man müßte sie noch viel mehr verabscheuen, wenn sie wirklich die Zukunft bräunbeizten. Denn das Menschenleben wäre nicht zu er-

tragen, wenn man wüßte, was einem noch zustoßen kann. Man würde an dem zukünftigen Glend schon jetzt leiden und das Gute der Gegenwart nicht genießen, weil man dessen Ende voraussähe. Die Unwissenheit ist die Grundbedingung des irdischen Glücks, und diese erfüllen die Menschen, wie man zugeben muß, fast immer. Von uns selber wissen wir fast nichts, von den anderen gar nichts. Die Unwissenheit gibt uns Ruhe, die Lüge Glück.“

Die Bürgerin Gamelin füllte die Suppe auf, sprach das Tischgebet, lud die beiden Männer ein, Platz zu nehmen, und begann selbst im Stehen zu essen. Sie lehnte es ab, sich neben den Bürger Brotteaux zu setzen; sie wüßte wohl, sagte sie, was die Höflichkeit gebietet.

Sechstes Kapitel.

Zehn Uhr morgens. Kein Lüftchen regte sich. Es war im Juli und heißer denn je. In der engen Rue Jerusalem standen gegen hundert Bürger des Bezirks einer hinter dem anderen vor einem Bäckerladen, beauftragt von vier Nationalgardisten, die mit Gewehr bei Fuß ihre Pfeife rauchten.

Der Konvent hatte einen Höchstpreis bestimmt und sofort waren Korn und Mehl verschwunden. Wie das Volk Israel in der Wüste, so standen die Pariser vor Tagesanbruch auf, wenn sie etwas essen wollten. Nicht gedrängt, standen alle Männer, Weiber und Kinder in der verkengenden Glut, die auf den Abfällen der Gassen brütete und die Ausdünstungen von Schweiß und Schmutz widerlich erhobte. Sie schauften sich, riefen sich an und betradeten sich mit allen Gefühlen, die Menschen für einander haben: Abneigung, Ekel, Eigennutz, Begierde und Gleichgültigkeit. Durch eine trübe Erfahrung hatte man gelernt, daß das Brot nicht für alle Erdenkinder ausreicht, und so suchten die Letzten sich vorzubringen; die Zurückgedrängten schimpften und pochten vergebens auf ihr misachtetes Recht. Die Weiber arbeiteten während mit Süßen und Ellbogen, um ihren Platz zu behaupten oder einen besseren zu kriegen. Wurde das Gedränge zu arg, so erschollen Rufe: „Nicht drängen!“ Ein jeder protestierte dann und behauptete, er würde gedrängt.

Um diese täglichen Auftritte abzustellen, waren die

Kommissare des Bezirks auf den Einfall gekommen, vor der Tür des Bäckerladens eine Leine zu spannen, die jeden in Reih und Glied zwang. Aber die Hände, die sich an der Leine drängten, gerieten in Streit. Wer sie einmal verließ, erbatte sie nicht wieder. Unzufriedene oder Spatzvögel schnitten sie durch, und so mußte man die Sache ganz aufgeben.

In dieser langen Reihe erstarrte man, wollte sterben, riß Wige und Boten und fluchte auf die Aristokraten und Föderalisten, die Urheber alles Unglücks. Kam ein Hund vorbei, so nannten die Spatzvögel ihn Pitt. Bisweilen flachte die fette Dreizeige einer Bürgerin auf die Wade eines Unterschämers, während eine junge Dienstmagd, an die ihr Nachbar sich drängte, mit halbgeschlossenen Augen und offenem Mund wohligh leuchtete. Bei jedem Wort, jeder Gebärde, die zu Schlüpfrigkeiten Anlaß gab, stimmte ein Schwarm junger liebreichlicher Burlesken das „Ca ira“ an, trotzdem ein alter Infanterier entrißet dagegen protestierte, daß ein Lied des republikanischen Glaubens an eine gerechte und glückliche Zukunft durch schmutzige Boten entweißt würde.

Ein Plakatkleber erschien mit seiner Leiter und schlug gegenüber vom Bäckerladen eine Preisbestimmung der Kommode für Schlächterwaren an. Passanten blieben stehen und lafen den noch lebigen Bettel. Eine Kohlverkäuferin kam mit ihrer Kiepe auf dem Rücken vorbei und sagte mit ihrer groben, brüchigen Stimme:

„Das schöne Ochsenfleisch ist futsch! Wir müssen die Kalbdaunen schlachten.“

Blühlich stieg eine Wolke glühenden Gestanks aus einem Wasserablauf empor, so daß mehrere überliefen. Eine Frau fiel in Ohnmacht und wurde von einigen Gardisten nach der nächsten Murre getragen. Man hielt sich die Nase zu; dumpfes Murren erscholl; Worte flogen hin und her, voller Angst und Schrecken. Man fragte sich, ob da unten irgendein Nas läge, ob jemand aus Bosheit Gift gestreut hätte, oder ob einer von den Septembermorden, ein Pfaff oder Junker, in einem Keller verfaulte.

„Hat man denn welche hineingeschmissen?“

„Überall hin!“

(Fortsetzung folgt.)

ausführungen
hien für die
ung wird die
angenommen
on des Eisen
en, Bronn
ormalspurten
ition wurde
ffion hält den
die Regierung
mission bitten
nd beantragt
die Regie
mit den
nicht soweit
der Frage
bringend not
rweisung
die Petition
einer Güter
ifikation in
ung kann je
ie auf die
mnistnahme
ng Schöfer
Gen. einging
Antrag, Nach
s anerkannt
sollen.
igkeit, wenn
bauen nach
irtschaftlichen
ünsche nach
u der Ueber
ifikation nicht
hen, daß eine
ern an.
erichterstatte
u prüfte und
ie kam.
auf e m p.
er Mehrheit
die Petition
einer Halb
ende Ueber
rweisung
n der Wäzger
er Schöff
n beantragt
tion.
angenommen.
des Stadt
n beteiligten
Pforzheim.
r und wurde
nisch erfüllt
Die Kom
weisung und
ngen auszu
Behandlung
Kommission
anden. Die
die Wärm
Pforzheimer
große Vor
Württemberg
a, die Konf
e abnehmend
ommen, bot
nen, die je
ende, die sich
er sie ein
iedene oder
te man die
alle sterben,
okraten und
ein Hund
Wismelien
auf die Wade
stimmag, an
men Augen
a Wort, je
stimmte
s, Ca ira
egen prote
ns an eine
hige Zoten
eiter und
bestimmten
ntungen blie
ittel. Eine
Kliden vor
nme:
müssen die
stanks auf
bel wurde.
nigen Gar
n hielt sich
flogen hin
fragte sich,
is Posheit
embermor
faukte.

haltung gegen dieses Bahnprojekt aufgeben, das in das Herz
Württemberg hinein führen würde. Jetzt wäre der geeignete
Zeitpunkt in Verhandlungen zu treten.
Abg. Stadinger (Soz.): Es ist keine angenehme Sache, für
ein fast verlorenes Projekt einzutreten. Die Berechnungen der
Regierungen über die Kosten geben nicht in Ordnung. Mit
elektrischen Bahnen, die die Regierung vorschlägt, ist wenig ge
gan. Außerdem würde die Stadtgemeinde Pforzheim hierdurch
zu sehr belastet werden. Die Regierung hat auch den Durch
gangsverkehr an Touristen und Arbeitern zu gering veran
schlagt. Die Verhandlungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses
Württemberg verdienen Beachtung. Der Geist, der sich hier
Platz macht, ist der Geist der engbergigen Kleinstaaterei,
der Partikularismus, durch den sich die Bundesstaaten
untereinander schädigen. Es entspricht demgegenüber den Tat
sachen, daß das Projekt von großer volkswirtschaftlicher Be
deutung ist. Bedauerlich ist, daß die Regierung dem Wunsch
der Kammer in dieser Sache nicht nachgegeben ist. Ich kann
nicht begreifen, daß die Groß. Regierung die volkswirtschaftliche
Bedeutung des Projektes nicht einseht, besonders
wenn sie bemerkt, wie sich in Württemberg partikularistische
Stimmen dagegen wenden. Es kann der Regierung doch auch
nicht gleichgültig sein, wenn eine Dezentralisation und Zer
spaltung der Pforzheimer Industrie durch Würt
temberg erfolgt. Auch von Autolinien will die Regierung bei
Pforzheim nichts wissen. Und dabei waren die Arbeiter in die
ser Hinsicht in letzter Zeit sehr oeffenwillig, indem sie hohe Preise
für Nahregel nach Pforzheim ausgeben mußten. Die Petition
der Stadtgemeinde Pforzheim in dieser Sache ist völlig durch
schlagend und klar und ich bitte die Kammer, einstimmig
dem Antrag auf empfehlende Ueberweisung zuzustimmen, und
von der Regierung kann man verlangen, daß sie dem doppelten
Votum der Kammer Rechnung trägt.
Abg. Gies (Soz.): Es hieße Eulen nach Athen tragen, noch
weitere Gründe für die Notwendigkeit des Projektes beizub
bringen. Wenn drüben Schwabenstrieche gemacht werden, dür
fen wir dies nicht auch tun. Wir müssen die Frage von gro
ßen Gesichtspunkten aus betrachten. Es handelt sich
hier um einen einseitigen Wunsch der Bevölkerung Weibers
tadts. Das Projekt muß kommen und wird kommen. Die
Regierung sollte daher dem doppelten Votum der Kammer
nachkommen.
Abg. Dr. Gerber (Natl.) unterstützt das Projekt. Diese
Bahn liegt im elementaren Interesse der Stadt Pforzheim.
Abg. Seubert (Zentr.) bedauert den engbergigen Standpunkt
der württembergischen Regierung gegenüber dem Projekt.
Beden muß eben in dieser Frage vorangehen.
Abg. Belsler (Zentr.): Das Projekt ist ein dringendes. Die
Bahn muß durchgeführt werden.
Ministerialrat Wolpert: Die hohen Kosten der Bahn stehen
in keinem Verhältnis zu den Vorteilen. Wenn die Regierung
der Stadt Pforzheim den Bau von elektrischen Bahnen vor
schlagt, so war sie bereit, hierzu Staatszuschüsse zu
leisten. Die Groß. Regierung hat bei dieser Sachlage keine
Klischee, mit Württemberg wegen der Bahn in Unterhandlungen
zu treten. Die Verhandlungen wegen der Autolinien sind noch
nicht beendet.
Der Antrag der Kommission auf empfehlende Ueberweisung
wird angenommen.
Abg. Weber (Soz.) berichtet über die Petition der Ge
meinde Schöfheim um Erteilung einer Brücke über den
Nedar. Die Kommission stellt den Antrag auf Uebergang zur
Tagesordnung.
Abg. Bauschbach (Konf.): Es ist fraglich, wo man die feste
Brücke erstellen soll. Die Brücke ist jedoch notwendig und ich
bitte um wohlwollende Behandlung.
Der Antrag der Kommission auf Uebergang zur
Tagesordnung wird angenommen.
Abg. Engelhardt (Zentr.) berichtet über die Petition zahl
reicher Einwohner von Wingenhofen, Gomersdorf, Krautheim
und Alesbau um Einführung des Walschens auf
der Jagstaltstraße. Die Kommission stellt den Antrag
auf empfehlende Ueberweisung.
Abg. Hertle (Konf.) unterstützt den Wunsch der Petenten.
Der Antrag auf empfehlende Ueberweisung
wird angenommen.
Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 Uhr. Tages
ordnung: Beratung der Anträge betr. Darlehen auf 2. Hypo
thek, Fiskalabrechnung, Landesbauordnung, Vermittlung von
Motorbooten; Interpellation über die Steinindustrie.
Schluß der Sitzung: 11.05 Uhr.

Badische Politik.

Minister Böhm

hat bei den Debatten der letzten Tage sich sehr energisch
gegen den Verdacht der reaktionären Gesinnung gewehrt
und behauptet, daß seine Verwaltungspraxis nicht von

der seiner Vorgänger verschieden sei. Diese Behauptungen
widersprechen den Tatsachen. Auf demselben Kriegspfad
gegen die Wahrheit bewegte sich der Minister in seiner
Rede in der 63. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer,
als er in seiner Erwiderung auf die Kolbische Rede u. a.
sagte:
Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ich die
Freireligiösen ebenso behandeln muß wie alle andern Sek
ten, nämlich daß ich ihnen die Möglichkeit zur Erteilung des
Religionsunterrichts unbeschränkt lasse, daß ich aber jeden
Versuch, öffentliche Rechte für sich in Anspruch zu nehmen,
ebenso ablehnen muß, wie ich es gegebenenfalls einer kirch
lichen Sekte gegenüber tun würde.
Demgegenüber stellen wir fest, daß Dr. Böhm auf eine
Denunziation der Freiburger Kurie hin
dem Freiburger Stadtrat Wormürfe machte, weil die
den Freireligiösen für die Eröffnungsfest der freireli
giösen Unterricht ein Schullokal zur Verfügung
stellte. Minister Böhm ließ dem Freiburger Stadtrat mit
teilen, daß er das nicht hätte tun sollen. Dieser Ein
griff in das Selbstverwaltungsrecht des Freiburger
Stadtrats steht mit der Behauptung des Ministers Böhm,
er werde den Freireligiösen unbeschränkt das Recht der
Erteilung des Religionsunterrichts lassen, in schreiendem
Widerspruch. Minister Böhm war in seiner Weise be
fugigt, dem Freiburger Stadtrat darüber einen Vorhalt zu
machen, daß dieser den Freireligiösen zu Unterrichtszwecken
ein städtisches Lokal zur Verfügung stellte. Der Frei
burger Stadtrat hat dem Minister Böhm auch eine ent
sprechende Antwort zuteil werden lassen. Wir aber fra
gen: Ist das keine reaktionäre Verwaltungspraxis?
Und wir fragen weiter: Wie kommt Minister Böhm dazu,
im Landtag zu behaupten, er werde den Freireligiösen
hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichts keine
anderen Beschränkungen auferlegen, als sie durch das
Gesetz geboten sind? Wo steht in irgend einem badischen
Gesetz, daß der Minister befugt ist, die städtischen Verwal
tungen hinsichtlich des Verfügungsrechts über städtische
Lokale irgend welchen Vorhalt zu machen? Minister Böhm
aber nimmt sich dieses Recht einfach heraus und zwar auf
eine Denunziation der Freiburger katholischen Kir
chenbehörde hin. Damit hat der Minister den gesetzlichen
und verfassungsmäßigen Boden verlassen und in der
Ausübung der Gewissensfreiheit den Freireligiösen ohne
jeden Grund Schwierigkeiten zu bereiten versucht.
Diese einseitige Parteinahme gegenüber den Freireligi
ösen hat sich kein früherer Kultusminister zuschulden
kommen lassen. Das blieb dem „ungliberalen“ Herrn
Böhm vorbehalten. Er ist damit der Auffassung der
Kurie, daß den Freireligiösen gegenüber der heutige Staat
keine Toleranz üben könne, in mehr als bedeu
tender Weise entgegengekommen und hat damit den Grund
satz in der Verfassung, daß jeder Badener die un
gestörte Glaubens- und Gewissensfreiheit
genießt, in größter Weise verletzt. Die Städte werden
hoffentlich weitere Verluste dieses „liberalen“ Schritt
machers und Handlangers der Reaktion, in ihr Selbstver
waltungsrecht sich einzumischen, energisch zurückweisen.
Noch eine „freie Konferenz“ gegen die „Duertreiber“.
Wie wir dem Beobachter entnehmen, hat am
letzten Mittwoch in Bruchsal eine weitere sogen. „freie
Konferenz“ der katholischen Geistlichkeit stattgefunden, die
von 45-50 Geistlichen aus den Kapiteln Bruchsal, Phi
lippsburg und St. Leon besucht war. Unter andern Fra
gen wurden auch die Vorgänge, wie sie sich in den letzten
Monaten im katholischen Lager abgepielt haben, eingehend
und allseitig erörtert. Einmütig wurde folgendes beschlo
sen: „Die drei Dekane obiger Kapitel sollen im Auftrag
der Anwesenden, dem hochwürdigen Herrn Geistl. Rat
Wacker durch ein entsprechendes Schreiben einerseits das
tiefste Bedauern über die unwürdige und unedle Behand
lung, die er von Zeitungschriften der sogenannten Integralen
ertragen mußte, zum Ausdruck bringen, andererseits solle
dem hochverdienten Organisator und Führer unserer Zent
rumpartei in Baden das volle und aufrichtigste Ver
trauen für die weitere Leitung der Zentrumpartei aus
gesprochen werden.“ Außerdem wurde bestimmt und zwar
einmütig, daß auch an Herrn von Oppersdorf und dessen
Organ eine Abschrift obiger Kundgebung übermittelt
werde mit Anfügung der eben so höflichen wie energischen
Bitte, die Unterzeichneten in Zukunft mit Gratiszulen
dungen von der Zeitschrift „Arbeit und Wahrheit“
nicht mehr zu belästigen.
Aus dem Verlauf der in allen Landesteilen Badens
veranstalteten „freien Konferenzen“ ersieht man, wie eng
die katholische Geistlichkeit mit dem politischen Zentrum
verwachsen ist. Man könnte ebenjotig diese „freien Kon
ferenzen“ als Tagungen der Parteisekretäre
des Zentrums bezeichnen. Sie sind auch weiter
nichts als das.
Was hat das Zentrum bei der Unterrichtsdebatte erreicht?
Die Landtagsverhandlungen der letzten Tage waren
für das Zentrum recht ergiebig. Die katholische Kirche
bekommt ihre Dotation. In bezug auf das
Fesuitengeis hat das Zentrum von der Regierung
die Erklärung erhalten, daß die bundesrätliche Interpre
tation von 1912 nicht als glücklich bezeichnet werden kann
und daß die Regierung einer Aenderung nicht abgeneigt
ist. In bezug auf die Frage der Zulassung von Män
nerklöstern aber hat es sogar die ausdrückliche Be
stätigung erhalten, daß die Regierung dem § 11 des Ge
setzes vom 9. Oktober 1860 entsprechend nicht auf dem
Boden einer grundsätzlichen Ablehnung stehe und weiter
hat es die Ankündigung einer Abänderungsnovelle zum
§ 9 des Gesetzes von 1860 in der Fassung von 1874 und
1880, der bis jetzt in den Verhandlungen mit der Kurie
den Hauptstoß bildete, erhalten. Wenn diesen Erfolgen
gegenüber der bekannte Fall von Messelhausen, wo einer
Ordensschwestern die Erteilung von Handarbeitsunterricht
an der Volksschule unterlag wurde, und die Frage der
paritätischen Besetzung der Universitätslehrstühle nicht
zu glatten Zusagen seitens der Regierung geführt hat, so wird
hierüber das Zentrum um so weniger betriibt sein, als
ihm dadurch für die Volksversammlungstätigkeit nicht
aller Stoff entzogen wurde.
Herr Böhm hat sich also das Lob des Zentrums, das
ihm jetzt gespendet wird, reichlich verdient

15. Generalversammlung des Zentralverbandes
der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen
Deutschlands.

Berlin, 13. Mai 1914.

Dritter Verhandlungstag.

kr. Einen breiten Rahmen nahm die Debatte über den Be
richt des Redakteurs Gilek ein. Die Ansicht über die Haltung
des Fachorgans ist im allgemeinen eine gute, doch werden aller
lei Wünsche laut. So wird von Strenkopf-Johann
georgensstadt gefordert, daß allen weiblichen Mitgliedern die
„Gleichheit“ gegeben werden soll. Dagegen wird von Bed
Breslau gesprochen, der glaubt, daß durch Schaffung der
Frauenbeilage den Wünschen der Kolleginnen Rechnung
getragen ist und sich dadurch die Lieferung der „Gleichheit“ nicht
notwendig macht. Ebenfalls wandte er sich gegen die Schaffung
einer technischen Beilage. Ferner wird gewünscht, daß der
Redakteur der Internachmerpresse mehr Beachtung
zuwendet. Gegen den Vorschlag des Redakteurs, einwand
freie Annoncen ab und zu aufzunehmen, wenden sich die meis
ten Debattierender. Angeregt wird weiter, die „Frauenbe
lage“ möglichst stark zu verbreiten, damit durch diese die jungen
Kolleginnen zur Erkennung ihrer Klassenlage geweckt werden
und Interesse für die Organisation bekommen. Auch wird dem
Redakteur nahegelegt, nach Möglichkeit die einzelnen Ortsbe
richte zu kürzen, da diese meistens nicht so wichtig sind, daß es
zu rechtfertigen ist, dafür einen so breiten Raum im Organ
zur Verfügung zu stellen.
Beraten wird auch ein Antrag, der will, daß die Pressem
mission wieder mit dem Vorstand an einem Ort ihren Sitz hat.
Man glaubt, dadurch entstehende Unstimmigkeiten leichter be
seitigen zu können. Nachdem die Rednerliste erschöpft war und
Gilek das Schlusswort gesprochen, wurde beschlossen, daß auch
in Zukunft keine anderen Annoncen aufgenommen werden sol
len wie bisher. Berichte beleidigender Art sind im Verbands
organ nicht aufzunehmen.
Ein Antrag, die Pressemmission vom Ausschuss loszulösen
und nach Berlin zu verlegen, wird mit 20 gegen 17 Stimmen
abgelehnt.
Die Herausgabe der Frauenbeilage der Lederarbeiter
Zeitung wird von der Generalversammlung gutgeheißen.
Nunmehr wurde dem Vorstand sowie dem Redakteur ein
stimmig Entlastung erteilt.
Mahler berichtete dann in geschlossener Sitzung über die
Vorbereitungen,
über deren Zahl und deren Erfolge wir bereits im Vorbericht
Mitteilung machten. — Redner behandelte den Punkt unter
Berücksichtigung der technischen Umwälzungen im
Beruf, unter dem Hinweis auf die in Deutschland herrschenden
Verhältnisse mit ihrer Zoll- und Wucherpolitik, unter deren
Wirkungen die Lebenshaltung der Kollegen stark verschlechtert
ist. Auch wurde betont, daß heute die Unternehmer den Arbeit
ern anders gegenüberstehen wie früher. Starke Unternehmer
organisationen mit Streikversicherungsvereinen
haben sich gebildet, aus denen die Unternehmer bei Streiks und
Ausperrungen unterstützt werden. Durch die Verbindung von
Industrie- und Bankkapital schafft man ferner die großen
Aktiengesellschaften und unter Berücksichtigung all dieser Mo
mente muß die Verbandstatistik beschafter sein, die bei den
nächst ablaufenden Tarifverträgen geist werden muß. Ueber
die einschlagende Taktik verbreitete sich Redner dann ein
gehend.
Die Debatte setzte lebhaft ein, wurde jedoch nicht zu
Ende geführt, da die heutige Sitzung bereits mittags geschlossen
wurde, weil der Nachmittag zu einer gemeinsamen Dampfer
partie benutzt werden soll. — Nächste Sitzung Donnerstag früh.

Verbandstag der Gastwirts
gehilfen.

Hamburg, 12. Mai.

Im Musiksaal des Gewerkschaftshauses trat am Dienstag
morgen der achte Verbandstag des Verbandes der Gastwirts
gehilfen zusammen.
Der Bevollmächtigte der Hamburger Zählstelle, W. Zil
mann, begrüßte die Delegierten. Wir befinden uns, so führte
er aus, in Hamburg auf historischem Boden. Hier wurde zu
erst ein Verein der Gastwirtsgehilfen gegründet, der sich von
vornherein auf den Boden der freien Gewerkschaften stellte.
Am 9. April 1890 hielten wir die erste öffentliche Versammlung
ab, in der der Reichstagsabgeordnete Förster sprach. Damit
war auch äußerlich erkennbar gemacht, welchen Weg der neue
Verein einschlagen wollte. Wir unterschieden uns auch von Be
ginn an dadurch, von den damals bereits bestehenden Vereinen,
daß wir die erste kostenfreie Stellenvermittlung einrichteten.
Von hier aus ging auch der Anstoß zur Zusammenfassung der
bestehenden Vereine. Der zweite Kongreß dieser Vereine tagte
1895 in Hamburg. Ein Versuch, die Zentralorganisation ins
Leben zu rufen, mißlang noch einmal. Erst auf dem nächsten
Kongreß der in Berlin tagte, wurde der Zusammenschluß voll
zogen. Veld nach der Gründung mußten wir einen Streik
in einer Bierhalle durchführen, der mit einem Sieg endete.
Dieser und ein Kampf im Jahre 1896 erhöhten unser Ansehen
bedeutend. Die großen Kosten waren nur durch die Opfer
willigkeit der Kollegenschaft aufzubringen. Die Gegnerschaft
der Betriebsorganisationen wuchs Jahr um Jahr. Heute ist es so,
daß wir in keinem Orte Deutschlands so geschlossenen Arbeit
geberorganisationen gegenüberstehen, wie gerade in Hamburg.
Im Laufe der Jahre haben sich Lokalvereine uns angeschlossen,
zuletzt 1910 der Verein der Cafetellner. Sehen wir zurück und
erinnern uns, daß wir mit 53 Mitgliedern unsern Verein grün
deten, so können wir mit Stolz auf die Größe unserer Zählstelle
blicken, die heute 2100 Mitglieder zählt. Von der Bedeutung
der Zählstelle für die hiesige Kollegenschaft, redet auch unser
Arbeitsnachweis eine eindrucksvolle Sprache. Ich hoffe und
wünsche, daß die Tagung in dem schönen Gebäude der Hambur
ger Arbeiterkammer den Verband weiter kräftigt und heiße Sie
im Namen der Hamburger Kollegen herzlich willkommen.
(Beifall.)
Der Verbandsvorsitzende Zeiske streift ebenfalls kurz die
historischen Tatsachen und weist dann auf die wohl vorbereiteten
politischen Angriffe auf die Gewerkschaften hin. Er hofft,
daß der achte Verbandstag nach außen befundet: Die Gas
twirtsgehilfen stehen mit der gesamten organisierten Arbeiter
schaft in geschlossener Reihe gegen alle Angriffe auf die Or
ganisationen. (Lebhafte Zustimmung.)
Darauf werden Zillmann und Zeiske zu Vorsitzen
den, Lohje-Nürnberg und Olo-Berlin zu Beisitzern ge
wählt.
Bauerfeind überbringt die Grüße des dänischen
Kellnerverbandes, dessen Vorsitzender er ist. Frau Kähler-Ber
lin vertritt den Verband der Hausangestellten.
Zeiske erläutert darauf in längeren Ausführungen den
Geschäftsbericht, dessen wesentlichsten Inhalt wir bereits im
Vorbericht gebracht haben. Die Kräfte habe auch in den Reihen
der Gastwirtsgehilfen schwere Wunden geschlagen. Der Agi
tation stellten sich große Hindernisse in den Weg. Der Indiffe
renzismus der Berufsangehörigen sei eines der Gemmissen.
Das Zusammengehen bei Bewegungen mit den gegnerischen

Die auswärtige Politik im Reichstage.

Berlin, 14. Mai.

Am Bundesratstag: Staatssekretär Dr. Solf. Präsident Kämpf eröffnet 11 Uhr 20 Min. die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die 2. Lesung des Ergänzungsetats zum Etat für Deutsch-Südwestafrika.

Staatssekretär Dr. Solf: Ich mich wie an den Reichstag ist ein Telegramm des Landrates eingegangen, in dem gebeten wird, doch die ganze Summe zu bewilligen. Die Befürchtung, daß leichtfertig bei der Bewilligung von Darlehen vorgegangen würde, trifft nicht zu.

Der von der Kommission vorgeschlagene Gesetzentwurf über die Heranziehung der Anlieger zu den Straßen-, Hafen- und Bahnaufkosten in den Kolonien wird von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem Staatssekretär Dr. Solf erklärt hatte, mit dieser Voraussetzung für den Bau der Oambolalandsbahn einverstanden zu sein und dafür sorgen zu wollen, daß eine Verzögerung des Bauwerks nicht eintritt.

Die Verlängerung des Handels- und Schiffsahrtsvertrags mit der Türkei und das Abkommen über den Schutz des geistlichen und geistigen Eigentums in Japan werden in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt in zweiter Lesung der Etat des Auswärtigen Amtes.

Am Bundesratstag: Staatssekretär v. Jagow und Unterstaatssekretär Zimmermann erschienen.

Die Budgetkommission beantragt die Annahme einer Resolution auf Einsetzung einer Kommission für die Prüfung von Legationssekretären und Vizekonsuln.

Staatssekretär v. Jagow: Nach der letzten Rede des Reichstagslanglers über die auswärtige Politik hat die allgemeine Entspannung der Lage Fortschritte gemacht. Nach den jüngeren Bedingungen, die die Türkei erfahren hat, wird dort eine Regeneration eintreten.

Die Türkei entschlossen ist, auf den Rat der Mächte Reformen in Armenien einzuführen. Auch die griechischen Balkanvölker wollen nun eine friedliche Weiterentwicklung, jedoch ein Ausmaß möglich ist. Wir werden es uns angelegen sein lassen, hierauf hinzuwirken.

Über Albanien sind letzten viele falsche Nachrichten in die Presse gekommen, namentlich hinsichtlich des Vorgehens griechischer Truppen in Epirus. Nachdem Griechenland den Wünschen der Mächte entsprechend beschloffen hat, seine Truppen aus Südalbanien zurückzuziehen und die albanische Regierung zu gewissen Konzessionen an die Serben geneigt zu sein scheint und nachdem die Kontrollkommission eine Vermittlungsaktion zwischen den Aufständischen und der albanischen Regierung übernommen hat, dürfen wir hoffen, daß es gelingt, auch dort die Ruhe wieder herzustellen.

Es scheint mir deshalb bei alledem kein Grund gegeben zu sein, die allmähliche Konsolidierung des albanischen Staates als eine Utopie zu bezeichnen. Wenn wir von der gegenwärtigen Lage auszugehen, so dürfen wir mit Benutzung feststellen, daß es dem Auftreten des Dreibundes bisher gelungen ist, in freundschaftlichem Einvernehmen mit England, Rußland und Frankreich die berechtigten Interessen der verbündeten Monarchien in vollem Umfang zu wahren.

Ein wesentliches Verdienst an dem bisher Erreichten fällt der besonnenen und barmherzigen Haltung Rumaniens zu. (Lebhafter Beifall.) Die Grundzüge, von denen sich die deutsche Politik leiten lassen, werden uns auch in Zukunft als Richtschnur dienen. (Lebhafter Beifall.) Unser Verhältnis zu Rußland hat neuerdings durch den Prozeß gegen die deutschen Luftschiffer die Öffentlichkeit in erhöhtem Maße in Anspruch genommen.

Bis mir die Begründung des Urteils vorliegt, muß ich mit einer Aussprache über die Sache zurückhalten. Zweifellos hat sich die seit langem in einem Teil der russischen Presse herrschende deutsch-feindliche Bewegung in letzter Zeit immer mehr verschärft (Hört, hört!) und auf den verschiedensten Gebieten zu einer fast systematischen Kampagne gegen uns geführt. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlungen über zahlreiche Orientfragen sind noch nicht mit allen beteiligten Staaten abgeschlossen. Diese Verhandlungen werden zwischen Deutschland und England in dem freundschaftlichen Geiste geführt, der auch sonst in unseren Beziehungen zu Großbritannien herrscht. Alle diese Verhandlungen aber stehen in einem gewissen Zusammenhang und einzelne Teile dieses Verhandlungswerkes vorweg der Öffentlichkeit zu übergeben, dürfte nicht im Interesse der Sache liegen.

Die unruhige Lage in Mexiko hat eine weitere Verschärfung erfahren infolge des Konflikts, der mit der Regierung der Vereinigten Staaten entstanden ist. Da haben wir uns bemüht, für die persönliche Sicherheit unserer in Mexiko lebenden Landsleute nach Möglichkeit Vorkehrungen zu treffen und unsere Bemühungen sind glücklicherweise bisher von Erfolg gewesen. Die Verhandlungen der Vermittler werden am 18. Mai zu Niagara beginnen. Die weitere Entwicklung dürfte abzuwarten sein.

Mit den südamerikanischen Staaten Argentinien, Chile und Brasilien, die die Friedensmission in der Mexikofrage übernommen haben, sind wir in letzter Zeit wiederholt in Verbindung gekommen. Ich denke mit Dank des freundlichen Empfangs, den Prinz Heinrich und Gemahlin, sowie das deutsche Gesandtschaftsmitglied in den südamerikanischen Republiken gefunden haben. Die Wärme dieser Aufnahme beweist,

daß man von der Aufrichtigkeit unseres Wunsches überzeugt ist, unsere handelspolitischen Beziehungen zu diesen aufstrebenden Ländern ohne politische Hintergedanken zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Was wir hier zu hören bekommen haben, war nur das, was jeder Zeitungsläser weiß. Ein Staatssekretär weiß aber doch mehr. Man will eben einfach dem deutschen Volk nichts sagen. In Italien macht man Volkspolitik und betont das. Bei uns macht man feudale Kabinettspolitik, die das Volk dann ausbaden muß.

Die Budgetkommission beantragt die Annahme einer Resolution auf Einsetzung einer Kommission für die Prüfung von Legationssekretären und Vizekonsuln. Staatssekretär v. Jagow: Nach der letzten Rede des Reichstagslanglers über die auswärtige Politik hat die allgemeine Entspannung der Lage Fortschritte gemacht.

Die Türkei entschlossen ist, auf den Rat der Mächte Reformen in Armenien einzuführen. Auch die griechischen Balkanvölker wollen nun eine friedliche Weiterentwicklung, jedoch ein Ausmaß möglich ist. Wir werden es uns angelegen sein lassen, hierauf hinzuwirken.

Über Albanien sind letzten viele falsche Nachrichten in die Presse gekommen, namentlich hinsichtlich des Vorgehens griechischer Truppen in Epirus. Nachdem Griechenland den Wünschen der Mächte entsprechend beschloffen hat, seine Truppen aus Südalbanien zurückzuziehen und die albanische Regierung zu gewissen Konzessionen an die Serben geneigt zu sein scheint und nachdem die Kontrollkommission eine Vermittlungsaktion zwischen den Aufständischen und der albanischen Regierung übernommen hat, dürfen wir hoffen, daß es gelingt, auch dort die Ruhe wieder herzustellen.

Es scheint mir deshalb bei alledem kein Grund gegeben zu sein, die allmähliche Konsolidierung des albanischen Staates als eine Utopie zu bezeichnen. Wenn wir von der gegenwärtigen Lage auszugehen, so dürfen wir mit Benutzung feststellen, daß es dem Auftreten des Dreibundes bisher gelungen ist, in freundschaftlichem Einvernehmen mit England, Rußland und Frankreich die berechtigten Interessen der verbündeten Monarchien in vollem Umfang zu wahren.

Ein wesentliches Verdienst an dem bisher Erreichten fällt der besonnenen und barmherzigen Haltung Rumaniens zu. (Lebhafter Beifall.) Die Grundzüge, von denen sich die deutsche Politik leiten lassen, werden uns auch in Zukunft als Richtschnur dienen. (Lebhafter Beifall.) Unser Verhältnis zu Rußland hat neuerdings durch den Prozeß gegen die deutschen Luftschiffer die Öffentlichkeit in erhöhtem Maße in Anspruch genommen.

Bis mir die Begründung des Urteils vorliegt, muß ich mit einer Aussprache über die Sache zurückhalten. Zweifellos hat sich die seit langem in einem Teil der russischen Presse herrschende deutsch-feindliche Bewegung in letzter Zeit immer mehr verschärft (Hört, hört!) und auf den verschiedensten Gebieten zu einer fast systematischen Kampagne gegen uns geführt.

Die Verhandlungen über zahlreiche Orientfragen sind noch nicht mit allen beteiligten Staaten abgeschlossen. Diese Verhandlungen werden zwischen Deutschland und England in dem freundschaftlichen Geiste geführt, der auch sonst in unseren Beziehungen zu Großbritannien herrscht.

Alle diese Verhandlungen aber stehen in einem gewissen Zusammenhang und einzelne Teile dieses Verhandlungswerkes vorweg der Öffentlichkeit zu übergeben, dürfte nicht im Interesse der Sache liegen. Die unruhige Lage in Mexiko hat eine weitere Verschärfung erfahren infolge des Konflikts, der mit der Regierung der Vereinigten Staaten entstanden ist.

Da haben wir uns bemüht, für die persönliche Sicherheit unserer in Mexiko lebenden Landsleute nach Möglichkeit Vorkehrungen zu treffen und unsere Bemühungen sind glücklicherweise bisher von Erfolg gewesen. Die Verhandlungen der Vermittler werden am 18. Mai zu Niagara beginnen.

Mit den südamerikanischen Staaten Argentinien, Chile und Brasilien, die die Friedensmission in der Mexikofrage übernommen haben, sind wir in letzter Zeit wiederholt in Verbindung gekommen. Ich denke mit Dank des freundlichen Empfangs, den Prinz Heinrich und Gemahlin, sowie das deutsche Gesandtschaftsmitglied in den südamerikanischen Republiken gefunden haben.

Die Wärme dieser Aufnahme beweist, daß man von der Aufrichtigkeit unseres Wunsches überzeugt ist, unsere handelspolitischen Beziehungen zu diesen aufstrebenden Ländern ohne politische Hintergedanken zu fördern.

Was wir hier zu hören bekommen haben, war nur das, was jeder Zeitungsläser weiß. Ein Staatssekretär weiß aber doch mehr. Man will eben einfach dem deutschen Volk nichts sagen. In Italien macht man Volkspolitik und betont das. Bei uns macht man feudale Kabinettspolitik, die das Volk dann ausbaden muß.

Die Budgetkommission beantragt die Annahme einer Resolution auf Einsetzung einer Kommission für die Prüfung von Legationssekretären und Vizekonsuln. Staatssekretär v. Jagow: Nach der letzten Rede des Reichstagslanglers über die auswärtige Politik hat die allgemeine Entspannung der Lage Fortschritte gemacht.

Die Türkei entschlossen ist, auf den Rat der Mächte Reformen in Armenien einzuführen. Auch die griechischen Balkanvölker wollen nun eine friedliche Weiterentwicklung, jedoch ein Ausmaß möglich ist. Wir werden es uns angelegen sein lassen, hierauf hinzuwirken.

Verbänden habe mehrfach zu den allerhöchsten Erfahrungen geführt. Voricht sei dringend am Platze. Bei den Köchen und Küstentiers stöße man immer noch auf Ständesindeln. Das Elend der Hotelbedienten habe leider nicht bewirkt, sie in höherem Maße der Organisation zuzuführen. Von dem Trinkgeld müssen die Hotelbedienten zum Teil ihre Helfer entlohnen und Abgaben an den Arbeitgeber zahlen. Die Wohnungsverhältnisse der Hotelbedienten haben uns mehrfach zu Anzeigen Veranlassung gegeben. Unter den Cafékellnern hat die Organisation gute Fortschritte gemacht. Die Kellnerinnen sind sehr schwer oder gar nicht zu organisieren. Unter den Stewards besteht ein selbständiger Verein, der mit uns kartelliert ist. Der Transportarbeiterverband machte auch Anspruch auf die Stewards. Die Generalkommission der Gewerkschaften ist der Ansicht, daß die Stewards den Gastwirtsgehilfen zuzuzählen sind. Leider hat der Stewardverein unter den unklaren Verhältnissen Mitglieder eingebüßt. Die Hausangestellten machen Anspruch auf das Küchenpersonal in Gewerkschaftshäusern. Ohne Zweifel ist unser Verband für dies Personal zuständig. Auch in dieser Hinsicht muß eine Klärung erfolgen. Erfreulich ist die Tatsache, daß der gewerkschaftliche Geist unter den Berufscollegen sich merklich ausbreitet. Mit den gewerkschaftlichen Verbänden müssen wir uns ständig herumschlagen. Überall da, wo wir Fuß fassen wollen, stoßen wir auf den vereinten Widerstand der Unternehmer und der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen, die auch das menschenmögliche in der Vermittlung von Streitigkeiten leisten. Die Kraft der Polizeigewalt, die uns durch Ueberwachungen, Eistierungen usw. gewidmet wird, ist recht erheblich und wäre besser gegen die Stellenvermittler angebracht. Die kleinen Stellenvermittler sind zwar weniger geworden, aber die großen Stellenvermittler haben die Tätigkeit der kleinen aufgenommen. Dieser Seite unserer Arbeit sollten die Kollegen größere Aufmerksamkeit schenken. In neuerer Zeit wird an manchen Orten von den Unternehmern versucht, gewerbliche Schiedsgerichte einzuführen. Wir warnen entschieden, gewerbliche Schiedsgerichte einzuführen. Die Unternehmer mögen Tarifverträge abschließen, die Schiedsgerichte im Gefolge haben. Wir wollen nicht die Hand dazu bieten, die Gewerbegerichte auszuscheiden. — Das Wachstum des Verbandes ist durch die Ungunst der Verhältnisse hinter unsere Hoffnungen zurückgeblieben. Sorgen wir alle dafür, daß wir auf dem nächsten Verbandstag von größeren Erfolgen berichten können. (Lebhafter Beifall.)

Den Kassenbericht erläutert Johann eingehend der Hauptkassierer Ströhlinger. Reiter-Hamburg gibt den Bericht des Verbandsauschusses, der sich in der Hauptsache mit Anstellungen zu beschäftigen hatte.

In der Besprechung des Geschäftsberichts werden vielfache Wünsche vorgebracht. Thoma-Hannover weist darauf hin, daß an den Unstimmigkeiten in der Frage des Anschlusses der Stewards nicht lediglich die Transportarbeiter, sondern nach seiner Ueberzeugung vor allem der Vorstand des Stewardvereins die Schuld tragen, der gleichzeitig Gastwirtsinteressen vertritt. Im übrigen müsse man von der Entwicklung eine Stärkung der Anschlußbewegung unter den Stewards erwarten. Auf den großen Dampfern seien die Stewards heute schon ausschließlich Kellner. Im Reichstag, wo die Petitionen auf erhöhten Schutz der Gastwirtsangestellten regelmäßig unter fahrscheinigen Begründungen abgelehnt werden, müßte die Forderung mehr zu tun versuchen. Baumeister-Berlin wünscht für das Pachogon einen ständigen parlamentarischen Berichterstatter. Die Hausfasserung biete so wesentliche Vorteile, daß man versuchen sollte, sie allgemein einzuführen. Gegen den Ständesindeln gewisser Berufscollegen helfe lediglich energische Aufklärungsarbeit. Mit der Forderung müsse eine engere Verbindung geschaffen werden. Gegenwärtig Berlin schildert den Kampf mit den Gelben. Ein geher Hauptling hat aus allen Nachgängen der Verbandszeitung für Cafeangestellte ganze Artikel als eigene Arbeit abgedruckt; er wurde wegen dieses geringen Diebstahls zu 40 Mk. Strafe verurteilt. — Im weiteren Verlauf der Diskussion wird ausgeführt, daß der Vorkauf nicht als Alibi betrachtet werden dürfe; wesentlicher sei der Ausbau der Organisation, der eine selbständige Durchführung der Bewegungen ermögliche.

Nach 7 Uhr wurden die Verhandlungen auf Dienstag verlegt.

Aus der Partei.

Wilmshaus, 13. Mai. Mit Stolz kann die hiesige Parteileitung zurückblicken auf die am vergangenen Sonntag stattgefundene öffentliche Versammlung. Die gedungenen Lokalitäten der Brauerei Groß waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Es war allerdings auch von Freunden und Gegnern unserer Sache eine lebhaft propagandistische Betriebsamkeit. Sollte doch zum erstenmal eine Frau sprechen und noch dazu eine solche, die der sozialdemokratischen Partei angehört. Es war für uns eine große Freude, so viele Frauen in der Versammlung zu sehen. Die Genossin Hörnle aus Stuttgart verstand es, mit ihren ruhigen und überzeugenden Ausführungen sehr gut den Frauen klar zu machen, daß sie im heutigen Wirtschaftsleben sehr viele Pflichten, aber in politischer und anderer Beziehung keine Rechte haben. An Hand gut ausgewählter statistischer Belege konnte die Referentin den Frauen zeigen, welche Bedeutung heute die Frauenarbeit hat und wie gering sie bewertet wird. Genosse Trinius, der hier schon von früheren Versammlungen vortrefflich bekannt ist, unternahm es mit gutem Erfolg, die Versammlungsteilnehmer einzuführen in die Ideen und Gedankenengänge des Sozialismus. Der Redner sowohl wie die Referentin wurden durch lebhaften Beifall belohnt. Bei den Frauen besteht der Wunsch, recht bald wieder einmal eine Frau zu hören. Die Versammlung brachte uns eine Anzahl neuer Mitglieder und einige Abonnenten der Parteipresse.

Michelbach, 14. Mai. Am vergangenen Sonntag fand im Gasthaus zur „Blume“ eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt. Nach Anhörung eines instruktiven Referats des Parteisekretärs Gen. Trinius wurde die Gründung einer Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Parteiorganisation beschlossen, ebenso die Errichtung einer „Volkshilfe“-Filiale. Wenn endlich die Michelbacher Arbeiterschaft eingeschlossen hat, daß ohne Organisation nicht mehr auszukommen ist, so gebührt dafür neben dem Gen. Trinius auch unserm Kreisgenossen Dank. Die gütliche Fürsorge, die der Herr Pfarrer dem Turnverein angedeihen läßt, und verschiedene andere wirkten in nach dieser Richtung. Wir bitten den Herrn Seelforger, in der bisherigen Weise weiterzufahren. Wir werden uns dabei nicht scheuen. Der neugegründete Verein hat sein Lokal in der „Blume“. Dasselbe liegt auch der „Volkshilfe“ auf. Wir ersuchen die Parteigenossen und Freunde unserer Sache, wenn sie bei Ausflügen unsern Ort berühren, sich dieser Tatsache zu erinnern.

Soziale Rundschau.

Koch, 14. Mai. Am Sonntag, 17. Mai, nachmittags 3 Uhr, findet eine Parteiverammlung statt, wozu die Genossen ein vollständiges und hübsches Essen erbeten werden. In derselben wird ein Vortrag gehalten über die Kranken- und Invalidenversicherung. Die Gewerkschafts-genossen sind besonders eingeladen. Es wird ersucht, für einen guten Besuch der Versammlung zu agieren.

Es ist... (The right margin contains a vertical column of text, likely bleed-through or a continuation of the article, but it is mostly illegible due to the image quality and angle.)

überzeugt ist, aufstrebend, in der Welt. Darin er-
 reichten die Beziehungen an Sie die
 An der geographischen und kulturellen
 Entwicklung aller Sie auch
 aber in all- (Lebhafter)

er nur das, weiß aber, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

haben wir, die Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

haben wir, die Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

haben wir, die Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

haben wir, die Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

haben wir, die Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

haben wir, die Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

haben wir, die Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

haben wir, die Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht
 der Welt, das Volk dann, und nicht

ist viel Geld. Das Wichtigste aber ist, daß unsere Industriellen
 die dortige Sprache beherrschen, wie wir es von unseren Be-
 amten verlangen. Dann werden wir allmählich auch in China
 die Stellung erringen, die uns zukommt. (Bravo)

Hg. Vg. Mumm (wirtsch. Bg.): Wir wünschen gute Be-
 ziehungen zu Rumänien. Die Verhältnisse der jüdischen Be-
 völkerung dieses Landes dürfen dabei nicht in Frage kommen.
 Offizielle Kundgebungen sollten nur in der „Norddeutschen All-
 gemeinen Zeitung“, nicht aber auch in der „Königlichen Zeit-
 ungszeitung“, erfolgen. Wir wünschen ein friedliches Verhältnis zu
 England, können aber nicht die Haltung des Abgeordneten
 Wendel teilen, der für Frankreich in Hurrapatriotismus machte.
 Bedauerlich ist es, daß von einem deutschen Konsulat eine zio-
 nistische Zeitschrift zum Annoncieren empfohlen worden ist.

Geheimrat Dr. Johannes: Unter den gegebenen Verhält-
 nissen hatte der Konsul geglaubt, ohne gegen die Vorschriften
 verstoßen zu wollen, eine bestimmte Zeitschrift den deutschen
 Exporteuren zu empfehlen, um die Exporteure mit den Ab-
 nehmern in Verbindung zu bringen.

Darauf wird die Sitzung auf Vorschlag des Präsidenten
 trotz lebhaften Widerspruch vertagt. — Nächste Sitzung
 Freitag 11 Uhr: Anfragen, Weiterberatung, kleine Etats, kleine
 Vorlagen. — Schluß 1/7 Uhr.

Ueber allen Wipfeln ist Ruh!

Aus Ettlingen schreibt man uns: Wenn man die Zentrums-
 presse liest und ihre Verherrlichung der jogen. „christlichen
 Gewerkschaften“, so könnte man fast glauben, nur da wird
 für die Arbeiter gekämpft und Erfolge errungen. Wer aber
 mit offenen Augen in die Welt schaut, der findet gar bald,
 daß das, was die „christlichen“ Gewerkschaften „erkämpft“ haben,
 nur Spänenbroden sind, die ergattert wurden auf dem Schlacht-
 felde der freien Gewerkschaften. Seit dem Krefelder
 Arbeiterstreik, wo der christliche Textilarbeiterverband in
 „christlicher“ Weise daran schuld war, daß die kämpfenden
 Arbeiter verraten und betrogen wurden, sieht man in den habi-
 tuellen Publikationsblättern der christlichen Verbände stets Schlag-
 wörter à la Gimmigen, St. Ludwig und Mühlhausen, wo an-
 geblich die freien Gewerkschaften nichts als Mißerfolge ge-
 holt hätten. Wer die Verhältnisse kennt, der kann das Wutgebül-
 der schwarzen Klaffen verstehen, denn die Arbeiter des Ober-
 elsaß verzichten auf die „großartige Bewegung“ der Christ-
 lichen. Das wissen die Führer der Christlichen ganz gut, daß
 die dortigen Textilarbeiter sich bei ihren „Mißerfolgen“
 besser stellen, wie z. B. die Arbeiter des Albtals.

Wie bekannt, hatte der christliche Textilarbeiterverband eine
 „Bewegung“ in der Ettlinger Spinnerei und Weberei in
 Szene gesetzt. Die „Bewegung“ „bewegt“ sich noch immer,
 aber nur innerhalb der — Sekretäre. Einer geht und der andere
 kommt. Die „Bewegung“ hat sich sogar schon auf die Mitglieder
 übertragen, aber dergestalt, daß für die gegangenen Mit-
 glieder keine neuen mehr kommen. Trotz allem Lament kam
 nichts heraus, als für einzelne Arbeiter ein paar Pfennige
 mehr Lohn, aber sonst ist kaum etwas besser geworden. Bis
 vor 14 Tagen hatten die Arbeiterinnen keine Wesp- und
 Mittagspause, trotzdem eine solche in der Arbeitsordnung fest-
 gesetzt ist. In der Kartiererei z. B. hatten die Arbeiterinnen früher
 drei Maschinen pro Arbeiterin zu bedienen. Damit sie aber
 mehr verdienen sollen (!?), bekamen sie vor ungefähr einem
 Jahre vier Maschinen. Zu gleicher Zeit wurde ihnen nun der
 Afford um 15 Prozent „reguliert“, nach unten natürlich!
 Diefelbe Arbeiterin muß aber jeden Tag die Maschinen putzen.
 Daß bei dieser „Regulierung“ natürlich keine Zeit mehr übrig
 blieb zum Putzen, ist nicht zu verwundern. Deshalb mußte die
 Wesp- und Mittagspause dazu herhalten. Dies wurde kürzlich
 von der Direktion verboten. Wer Gelegenheit hätte, diesen
 Arbeiterinnen zuzuschauen, wie sie schlafen müssen, der würde
 einen kleinen Begriff bekommen über die „volle Kompott-
 schüssel“ der dortigen Arbeiterchaft. Wer aber nun glaubt,
 daß heute eingestellt werden, um die Maschinen zu putzen, der
 irrt sich gewaltig. Das muß nun von den Arbeiterinnen ge-
 macht werden, während die Maschinen in vollem Gange
 sind! Alles unter den Augen des Antreibers, der den Leuten
 nicht von der Seite weicht. Das Mißtrauen gegen die Arbeiter-
 innen in Gestalt von ausgerichteten Fingern!

Was sagt die Gewerbeinspektion zu diesem Aus-
 beutehystem und was gedenkt der christliche Textilarbeiter-
 verband zu tun, um diese Mißstände zu beseitigen?

Aber es ist nicht verwunderlich. Wer die Gleichgültigkeit
 und Interesselosigkeit der Ettlinger Arbeiterchaft kennt, wun-
 dert sich über nichts mehr. In den anderen Betrieben am Orte
 sieht es gerade so traurig aus. 12-15stündige Arbeitszeiten
 in den höchsten Fabriken finden keine Seltenheiten. Ebenso
 sieht es mit den Löhnen aus, zum Sterben zu viel und zum
 Leben zu wenig. An den ausgemergelten Gestalten kann man
 vom weitem schon die Spuren der kapitalistischen „Fürsorge“
 erkennen.

Wer heute einen Spaziergang durch Ettlingen macht, der
 wird klammern über die Willen, die da entstanden sind. Den
 Arbeitern hingegen blühen periodenweise Arbeitslosigkeit, ver-
 kürzte Arbeitszeit und demgemäß verkürzter Lohn, den Herren
 Direktorenhöfen und Obermeistern hingegen einträgliche
 Posten und schöne Willen, ausgerüstet mit allem Komfort der
 Zeitgeist. Das sind hier die Merkmale der selbstherrlichen Fabrik-
 kanten „Kultur“.

Der Arbeiterchaft kann nur immer und immer wieder zu-
 gerufen werden: Organisiert euch! Nur so kann diese
 Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Schüttelt die Gleichgültigkeit
 ab und kämpft um eure Rechte und Güter, die eines weltlichen
 Volkes würdig sind! Zeigt, daß auch die Arbeiterchaft von
 Ettlingen einen Platz an der Sonne beansprucht! Wir leben
 nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten um zu leben.
 Deshalb hinein in die freien Gewerkschaften zum
 Wofl eurer selbst und eurer Familie!

Gewerkschaftliches.

Ein feiner Arbeiter ist so schreibt man uns, zweifel-
 los der Bierbräuer und Eisfabrikant Carl Frey in
 Pforzheim. Derselbe lebte nicht nur jede Unterhandlung
 mit der Organisation ab, sondern beschimpfte die Kommission,
 welche bei ihm vorkliefen werden wollte, auf das gemeinste und
 warf dann die organisierten Arbeiter auf die Straße. Damit
 gibt sich dieser Herr aber noch nicht zufrieden. Seine paar
 Kreuzer hat er inverteuert, jedem mit einem Vengel über den
 Kopf zu schlagen, der von ihnen etwas will. Herr Frey und
 sein Sohn haben auch selbst bereits darnach gehandelt. Sie
 überfielen mitten in der Stadt gemeinschaftlich einen Ausge-
 sperrten, warfen denselben zu Boden und mißhandelten ihn
 auf das brutalste. Die Herren sind deswegen bereits angezeigt
 und wird sich zeigen, ob der Staatsanwalt auch eine solche
 Schmeichelei entwidelt, wie man gegen Arbeiter anzuwenden
 beliebt. Herr Frey gibt auch in den Pforzheimer bürgerlichen
 Zeitungen bekannt, daß er den Kampf im Interesse der ganzen
 Arbeiterschaft zum Vorkampfe führe und nicht nachgebe, wenn
 auch „das ganze Geschäft verrottet“. Die Pforzheimer Arbeit-
 geber können stolz sein auf diesen Vorkämpfer. Es wäre an-
 gebracht, wenn die Brauerei Moninger ihren Pforzheimer Ver-
 treter zur Nation bringen würde, denn der Kampf gegen diesen
 Herrn wird letzten Endes doch auch die Brauerei Moninger in
 Mitleidenschaft ziehen.

*** Eine ganze Streikleitung verhaftet.**

Seit dem 25. April
 stehen in Monheim im Kreise Solingen 81 freizeitschaffende und
 24 geistlich organisierte Bauarbeiter im Streik. Monheim ist
 ein kleines Bauerndörfchen mit stark katholischer Bevölkerung,
 in dem bisher noch keine Industrie vorhanden war. Eine
 holländische Kapitalistengruppe hat ein größeres Werk, die
 Rhenania-Werke, das erste industrielle Unternehmen, dort er-
 richtet. Einige Kaufmannsfirmen führen einige zum Werke gehörige
 Bauten auf. Da die Firmen den Tarif nicht zahlten und sich
 auch auf feinerlei Verhandlungen mit den Vertretern der Or-
 ganisationen einließen, kam es zum Streik, der erste, der in
 Monheim geführt wurde. Die Streikenden verbieten sich, den
 Mahnungen ihrer Führer folgend, ruhig. Es war den befreit-
 en Firmen nicht möglich, Arbeitswillige herbeizuschaffen.
 Außer einigen Italienern hatten alle die Arbeit niedergelegt.
 Das scheint den Herren nicht in den Kram gepaßt zu haben.
 In der Nacht zum Sonntag wurden in der Kantine, in der
 einige arbeitswillige Italiener kampierten, die Fenster Scheiben
 eingeworfen. Von wem konnte nicht festgestellt werden. Am
 Sonntag wurden plötzlich 7 Streikende von der Gendarmerie
 verhaftet unter der Beschuldigung, Landfriedensbruch begangen
 zu haben. Weitere Verhaftungen erfolgten am Montag. Und
 am Dienstag wurde die ganze Streikleitung verhaftet und die
 Aktenmappe der Streikleitung beschlagnahmt. Außerdem wur-
 den fast alle Streikenden, die in Monheim wohnen, verhaftet
 und in einem Wagen nach dem Untersuchungsgefängnis in
 Obalen gebracht. Der Zweck der Uebung ist leicht erkennbar.
 Bisher war es den Streikposten immer gelungen, arbeitsuchende
 Leute, die nicht wußten, daß auf den Rhenania-Werken gestreift
 wurde, zur Umkehr zu bewegen. Die Streikleitung und Gendar-
 merie leben im besten Einvernehmen, was schon daraus her-
 vorgeht, daß man den Fußgängerinnen ein Auto zur Verfügung
 gestellt hat. Auf eine telefonische Beschwerde beim Landrat
 wurde der Streikleitung mitgeteilt, der Monheimer Bürger-
 meister müsse erst Bericht erstatten, bevor der Landrat eine
 bestimmte Antwort geben könne. Unter den Verhafteten be-
 finden sich auch Italiener.

Schweiz. Der große Kampf der Schweizer Uhrarbeiter
 ist jedoch durch die Vermittlung des Gemeindevorstandes an
 Grenchen friedlich beendet worden. Ueber 8 Monate waren
 rund 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt, die nach
 der Vereinbarung alle wieder eingestellt werden müssen. Auch
 ist die Organisation durch die Unternehmer anerkannt. Das
 bedeutet eine kräftige Niederlage der freien Gewerkschaften,
 die man als Freiloch gegen den Uhrarbeiterverband organ-
 siert hatte. Seinen Sieg verdankt dieser Verband sowohl der
 prächtigen Disziplin seiner Mitglieder wie auch der finanziellen
 Hilfe, die ihm von allen Seiten im Inn- und Auslande zuteil
 wurde. An der Unterstützungsfaktion für die Ausgeperrten
 haben sich, wie feinerzeit berichtet wurde, auch mehrere schwe-
 zerische Kommunen, in deren Verwaltung die Arbeiterchaft
 den nötigen Einfluß hat, beteiligt, obwohl die reaktionäre Par-
 tei darob ein großes Geschrei erhob.

Kommunalpolitik.

P. K. Die Laubstreufrage. Aus Pforzheim, 13. Mai,
 wird uns geschrieben. Ein Schmerzenskind für die Gemein-
 deverwaltung auf den Dörfern ist unweifelhaft die Frage der
 Abgabe von Laubstreu. Auf der einen Seite sind die Land-
 wirte, die darauf drängen, Laubstreu aus dem Wald zu erhal-
 ten und auf der anderen Seite steht das Forstamt, das so wenig
 als möglich aus dem Wald geben will. Dieses Verhalten des
 Forstamts wird damit begründet, daß das Laub, Moos usw.
 weiter als Düngemittel dem Walde erhalten bleiben sollen, ob-
 wohl man auch der gegenteiligen Meinung sein kann, daß das
 Ungeziefer, das sich darunter bildet, für die Kultur des Waldes
 nur schaden kann. Auch in der Gemeinde Pforzheim hat es bis
 jetzt noch kein Laubstreu gegeben. Zwar wurden auf Drängen
 des Gemeinderats die beiden Streifen längs der Bahnlinie und
 Ettlingertröche freigegeben; allein diese Freigabe ist ganz un-
 genügend, da an diesen Stellen sehr wenig zu holen ist. Daraus-
 hin hat der Gemeindevorstand drei weitere Abteilungen in Vorschlag
 gebracht; es bleibt abzuwarten, wie sich das Forstamt hierzu
 stellt. Der Gemeindevorstand, der von letzterem vielstetig gegen die Ab-
 gabe gemacht wird, daß sehr viel verkauft wurde, ist durchaus
 nicht schätzhaft. Das Forstamt sollte wissen, daß die Landwirte
 gezwungen sind, zur Bestreitung ihrer Abgaben „zu verkaufen,
 was Geld gibt“. Andererseits sieht man aber an diesem Beispiel,
 wie wenig Recht die Gemeinden an ihren Waldungen haben.
 Der Landtag könnte sich ein großes Verdienst erwerben, wenn
 er in dieser Hinsicht den Gemeinden entgegenkommen wollte.

Eine Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins,
 die letzten Sonntag in Pforzheim tagte, war dem auch einstimmig
 der Ansicht, daß in dieser Frage auf die Landwirte mehr Rück-
 sicht genommen werden muß. Der sandige Harthoden brauche
 viel mehr Düngung als der schwere der Hodebene. Dafür sei auch
 das Verlangen nach Abgabe von Streumitteln nur zu berechtigt.
 Die Versammlung beauftragte darauf den Vorstand, die Land-
 wirtschaftskammer in einer Eingabe auf diesen Zustand auf-
 merkksam zu machen und auch für rechtzeitige Abgabe
 Sorge zu tragen.

Vorlagen an den Bürgerausschuß in Mannheim. Der
 Stadtrat von Mannheim hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage
 zugehen lassen, wonach die Stadtgemeinde volle Gewährleistung
 für Darlehen auf 2 Hypotheken zum Zwecke des
 Baues von Kleinstwohnungen und Kleinhäusern bis zum Höchst-
 betrage von 1 1/2 Millionen Mark übernimmt und ein Refere-
 ntsverfahren zur Deckung der Verbindlichkeiten aus der Gewährlei-
 stung für 2 Hypotheken und der Verluste aus der Eintragung
 von Kaufpreisen für das zum Zwecke des Kleinstwohnbaues
 veräußerten städtischen Baugeländes gebildet werden soll. —
 Eine weitere Vorlage beschäftigt sich mit der Bestellung einer
 direkten Straßenbahnverbindung zwischen den Bahnhöfen
 Mannheim und Ludwigshafen, wofür 162 500 M. angefordert
 werden.

Die Sache der Bäckermeister. Das Berliner Stadtverord-
 neten-Kollegium erklärte am Donnerstag in geheimer Sitzung
 das Mandat des Genossen Heßschold für ungültig. Es han-
 delt sich dabei um einen Nachbater der Berliner Bäckermeister,
 die wegen des Bäckerbrotts eine Entschädigungsklage gegen
 Heßschold angehängt hatten und später, als Heßschold zum
 Stadtverordneten gewählt worden war, die Eröffnung des Kon-
 kursverfahrens gegen ihn beantragten. Trotzdem dieses Kon-
 kursverfahren aufgehoben wurde, erklärte die Mehrheit des
 Stadtverordneten-Kollegiums das Mandat für ungültig, da bei
 einer Konkursverurteilung die Bürgerrechte nicht nur ruhen, son-
 dern dem in Konkursgeratenen völlig verlustig gingen. Es hat
 nun eine Neuwahl stattzufinden, bei der vermutlich Genosse
 Heßschold wieder gewählt wird.

Freiwillige Kommunalpolitik. Die Stadtverordneten in
 Jitta u lehnen eine Ratvorlage auf Errichtung eines
 Wohnungsamts ab. Sie verhandeln sich lediglich dazu,
 die Wohnungsaufsicht etwas auszuweiten. Ein sich freiwillig
 nennender Wortführer donnerte ganz besonders gegen die Vor-
 lage und meinte, sie sei mit keinem sozialen Gewissen un-
 vereinbar. Dabei war die Vorlage so rückwärts mit den Haus-
 besitzerinteressen geartet, daß es wirklich keiner der großen
 Dosis sozialen Gewissens benötigte, um ihr zuzustimmen zu
 können. Liberal und sozial verträglich sich eben sehr schlecht mit-
 einander.

Aus dem Lande.

Durlach.

Unterrichtskurs im „Lamm“. Der morgen, Samstag...

Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins...

Offenburg.

Sozialdemokratischer Verein. Morgen Samstag...

Am Samstag abend 8 Uhr findet eine Protestversammlung...

Aus der Stadtratsitzung. Wegen der Herstellung der...

Die Erbauung einer Kreisstraße von Offenburg nach Durbach...

Pforzheim, 14. Mai. In seinem an der Hauptstraße...

Gaggenau, 14. Mai. Nächsten Sonntag, 17. Mai, veranstaltet...

Hönnert, 14. Mai. Unter dem Verdacht, den Brand gelegt...

Gengenbach, 15. Mai. In letzter Zeit wurden unsere...

Volksschauspiel Oetigheim.

bei Kastatt (Baden).

Mit dem Erwachen der Natur ist auch auf dem Schauspielplatz...

Nach den schon zahlreich eingehenden Anmeldungen von Vereinen...

barmerie verhaftet und ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Freiburg, 14. Mai. Im Sternwalde wurde gestern die Leiche...

Stadach, 14. Mai. Im Galmannswald brannte das Gasthaus...

Feuerwehrtag. Letzten Sonntag, 10. Mai, wurde der Kreisabgeordnetentag...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 15. Mai.

Nationalliberale Heimjuchung der Südstadt.

Besonders große Hoffnungen für die bevorstehenden Bürgerauswahl...

Die Wahlrede hielt Herr Stadtv. Jakob. Herr Jakob ist ein gescheidter...

Der Musikverein Harmonie veranstaltet am Samstag im Apollo-Theater...

Der Musikverein Harmonie veranstaltet am Samstag im Apollo-Theater...

Es sind dies nur wenige Punkte, die wir aus den reichen Darbietungen...

Latent ist. Im Berjprechen, da vertritt allerdings, wie Herr Nebmann...

Bei den Stadtverordnetenwahlen werden voraussichtlich 5 Wahlvorschläge...

Parteierversammlung in der Weststadt. Die am letzten Mittwoch stattgefundene...

Gr. Hoftheater. Freitag den 15., abends halb 8 Uhr (A. 00)...

Hausen-Vortrag. Im vergangenen Winter veranstaltete die Heimatliche Kunstpflege...

Im Rheinhafen sind im Monat März 217 Schiffe mit insgesamt 105 216 Tonnage...

Saunerverammlung deutscher Junglehrer. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Junglehrer...

Der Musikverein Harmonie veranstaltet am Samstag im Apollo-Theater...

Konzerte im Café Bauer. Die seit einigen Monaten im Café Bauer...

Neues vom Tage.

Die Affäre Thormann. Köstlin, 14. Mai. Das Gesuch Thormanns, in dem er...

Unfall an einem Neubau. Leipzig 13. Mai. Bei dem Neubau des Warenhauses...

Explosion in einer Bricketfabrik. Finsterwalde, 13. Mai. Durch eine Explosion...

Letzte Nachrichten.

Die Pforzheimer Landgerichtsfrage. Pforzheim, 14. Mai. Die Angelegenheit der Errichtung...

Vertical text on the right edge of the page, including page numbers and other markings.

Ungültigkeitserklärung einer Wahl.

Rom, 14. Mai. Die Kammer annullierte einstimmig die Wahl des Generals Imbrinco, weil in seinem Wahlkreis Priester von der Kanzel herab und im Reichstuhlfeld den Wähler mit Exkommunikation bedrohten, falls sie für den Gegner Imbrinco stimmen sollten.

Maisfeier in Russland.

Petersburg, 14. Mai. Trotz umfassender polizeilicher Maßnahmen feiern heute, dem russischen 1. Mai, über 100 000 Mann. Die Polizei besetzte frühmorgens alle nach dem Stadtzentrum führenden Straßen und ließ die Arbeiter auch in der Straßenbahn nur vereinzelt passieren. Trotzdem kam es auf dem Newski-Prospekt zu Versuchen von Kundgebungen und ebenso in mehreren Vorstädten. Anhaltender Regen verhindert aber erfolgreicher als die Polizei eine große Ausdehnung der Kundgebungen.

Mexikanische Greuel.

Mexiko, 14. Mai. Infolge Mangels an Heilmitteln und Pflegern sterben zahllose Kriegswundete in der Hauptstadt. Tödlisch Verwundete wurden auf Karren übereinandergeschichtet, die dann in Brand gesteckt wurden. Die Soldaten zwangen Verwundete, auf dem Marsche vor ihnen als Angelfang zu marschieren.

Schwere Anklage gegen einen Militärmajor.

Newyork, 14. Mai. Das Kriegsgericht in Denver (Colorado) hat gegen den Militärmajor Patric Samrod vom 1. coloradischen Staatsmilitär-Regiment Anklage auf Brandstiftung, Mord, Todschlag und Diebstahl erhoben. Die Anklage entspringt aus einem Gezecht bei Lutlow zwischen streifenden Grubenarbeitern und der Miliz und aus dem Brande der Zellkolonie der Streifenden. Major

Samrod wird beschuldigt, absichtlich den Brand verursacht und den Tod von 2 Frauen und 11 Kindern verursacht zu haben. Bis heute sind im Streitgebiet 1678 Stück Waffen an die Militärbehörden abgeliefert worden.

Zur Lage in Mexiko.

Washington, 14. Mai. Ein Bericht des Admirals Mayo deutet an, das Tampico gefallen ist. Die Rebellen seien gestern bis in die Mitte der Stadt vorgezogen. Auf der Plaza habe ein sehr heftiger Kampf stattgefunden. Ueber die Verluste an Menschenleben und über den Beschaden meldet der Bericht nichts. Die aus Tampico fliehenden Bundesstruppen suchen mit der Bahn Baguaca zu erreichen. Insurgenten halten die Eisenbahn von Tampico nach Monterey besetzt. Das Staatsdepartement wird Verhandlungen mit den Rebellen beginnen, um den Ausländern die Erlaubnis zu erwirken, nach den Delaquenten zurückkehren zu dürfen. Nach Meldungen des Staatsdepartements hat Garcia Bess den Oberbefehl über die mexikanischen Bundesstruppen außerhalb von Veracruz übernommen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Steinarbeiterverband, Zahlstelle Karlsruhe) Samstag, den 16. Mai, abends punkt 8 Uhr, Mitgliederversammlung. 1001
Karlsruhe. (Naturfreunde) Sonntag, 17. Mai, Tagesfahrt: Sulzfeld, Rabensburg, Weisung, Mühlbach, Besichtigung der Steinbrüche, Michelbach a. S., Schloß Stodheim, Schloß Neuburg, Stetten a. S. Abf. 5.41 Uhr Hauptbahnhof nach Sulzfeld. Fahrpr. 2.10 Mk., Gehzeit 6 Std. Tagesstour: Weingarten, Obergrombach, Eichenburg, Bruchsal, Schloß (Besichtigung). Abf. 7.19 Uhr Hauptbhf. nach Weingarten. Fahrpr. 75 Pf., Gehzeit 4 Std. 1006
Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abt. Südstadt.) Heute abend nach der Turnstunde Abteilungsversammlung im „Schützen“ Ecke Wieland- und Morgentstraße. 1010

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor) Sonntag, den 17. Mai, Beteiligung am Feste des Forchheimer Brudervereins. Abfahrt Karlsruhe Lokalbahnhof 1.54 Uhr mittags. Der Zug wird bis Forchheim durchgeführt. Vollständige Beteiligung unbedingt erforderlich. 1013

Ettingen. (Deutscher Metallarbeiter-Verband) Samstag, den 16. Mai, abends 7/9 Uhr, in der Brauerei Gensle Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kollegen W. Kruse. 1005
Bruchsal. (Deutscher Metallarbeiter-Verband) Samstag, den 16. Mai, abends 7/9 Uhr, in der „Fals“ Mitgliederversammlung. 1005

Bretten. (Deutscher Metallarbeiter-Verband) Samstag, den 16. Mai, abends 7/9 Uhr, im „Engel“ Mitgliederversammlung. 1005
Söllingen. (Deutscher Metallarbeiter-Verband) Samstag, den 16. Mai, abends 7/9 Uhr, im „Feldschützen“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen Paul Gurschig. 1005

Offenburg. (Sozialdem. Verein) Samstag, 16. Mai, abends 7/9 Uhr, im „Anker“ Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. 1011
Der Vorstand.

Achern. (Sozialdem. Verein) Nächsten Sonntag, 17. Mai, nachm. 4 Uhr, findet im „Tivoli“ eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Gen. Trinks wird einen Vortrag halten. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. 1012

Oberkirch. (Arbeiter-Turnverein Freiheit) Samstag 7/9 Uhr Monatsversammlung. 1007
Der Vorstand.

Telegraphischer Schiffsbericht der „Red Star Line“ Antwerpen.

Der Postdampfer „Inland“ der „Red Star Line“ in Antwerpen, ist laut Telegramm am 12. Mai wohlbehalten in Newyork angekommen.

Freie Turnerschaft Karlsruhe
Sonntag, den 17. Mai (bei günstiger Witterung)
Vereinswertungsturnen auf d. Turnplatz
Vorm. 9 Uhr: Fünfkampf für Turner: (Freiübung, Stabhochspringen, Dreisprung, 100 Meter-Lauf, Schleuderballweitwerfen).
Nachm. 2 Uhr: Dreikampf für Turnerinnen: (50 Meter-Lauf, Hochsprung, Kugelstoßen).
Abends von 8 Uhr ab im „Apollotheater“, Marienstr. 16, Familienabend mit Tanz.

Steinhauer gesucht.
Zu melden auf dem Werkplatz, Neureutherstraße 7.
Heim & Gerstner.
Möbelindustrie Durmersheim.
Anton Bauer,
Möbelschreineri mit Maschinenbetrieb u. Lager
Friedrichstraße 291, nächst Staats- und Lokalbahnhof
V. Schorpp,
Polsterer u. Dekorateur. Poststraße 279

Pfannkuch & Co
frisch eingetroffen:
Neue, gelbe, feinste
Süd-Italiener
Kartoffeln
3 Pfund 40
10 Pfund 1.30
Ein weiterer Wagon
neue
Sommer-Malta-
Kartoffeln
3 Pfund 50
10 Pfund 1.60
Neue Ägypter
Zwiebeln
p. Pfund 17
10 Pfund 1.65
Zentner 16.-
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
den bekanntesten
Verkaufsorten.

Musikverein Harmonie.
Samstag, den 16. Mai 1914, abends 7/9 Uhr:
Unterhaltungs-Abend
mit Tanz
im „Apollotheater“, Marienstr. 16.
Mitwirkende: Gesangsverein Germania, ein Künstler-Quartett, das Harmonie-Orchester und Herr Eugen Müller.
Eintritt für Nichtmitglieder 20 Pfennig.
für Herren, die sich am Tanz beteiligen, 50 Pfennig.
Der Vorstand.

Putzen Sie Metalle nur mit
Putz-
Globus Extrakt
Der Glanz hält am längsten!
Geolin
oder
flüssigen Metallputz
Überall zu haben.

Arbeitsvergebung.
Zuden Erweiterungsarbeiten im städt. Schlachthof sind Anfreierarbeiten zu vergeben.
Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrich-Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 107, abgeholt bzw. eingesehen werden.
Dasselbst sind auch die Angebote bis
Freitag, den 22. Mai 1914, vormittags 10 Uhr, dem Schluss der Ausschreibung, eingureichen.
Karlsruhe, den 14. Mai 1914.
Städt. Hochbauamt.

Gebirgs-Trachten-Verein der lustigen
Bayrischen in Karlsruhe-Mühlburg.
Hiermit zur Kenntnis, daß obiger Verein am Sonntag, den 17. Mai, im Saale des Gasthauses „Zum Rheinkanal“ in Mühlburg den alljährlichen
Mai-Tanz
abhalten wird, wozu Freunde und Gönner freundlichst eingeladen sind. Zur Aufführung kommen nur echte nationale Schuhplattler und Nationaltänze nebst Vorträgen erstklassiger Bühnervirtuosen.
Anfang 4 Uhr. — Eintritt frei.
Der Vorstand.

Fussball-Club
Mühlburg
Verein für
Rasenspiele
e. V. — Gegr. 1905.
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.
Samstag, den 16. Mai 1914:
Spieler-Versammlung.
Sonntag, d. 17. Mai 1914:
Auf unserem Platze
Strassburg.
Beginn 8 Uhr.
A.H.-Mannschaft gegen F.C. Phoenix A.H. auf unserem Platze 1/2 Uhr.
Donnerstag, 21. Mai 1914:
I. Mannschaft in Nürnberg.
Sonntag, d. 24. Mai 1914:
Wiesbaden
auf unserem Platze.
NB. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Mitgliedskarten an der Kasse vorzuzeigen.

Gelegenheitsposten!
Stoff-Rosen
in apart. hell. u. dunkl. Streif.
3.80 4.80 5.80 6.80
Starke Rosenträger 85 Pf.
Julius Löwe
Karlsruhe — Südstadt
25 Werderplatz 25.
Rabattmarken
für Angler. Vollständiges Angelgerät ist billig zu verkaufen. Hardstr. 4 c 5. Stock links.

Einen guten Fang
macht jedermann
der seinen Bedarf in
Messern u. Stahl-
waren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch
geschliffen und repariert werden können.
Karl Hümmler, Werderstrasse Nr. 13, Telefon 1547.

Fleisch-Verkauf
Samstag, den 16. Mai
verkauft in Nuttsstraße 20
von 7 bis 1 Uhr prima Qualität
Mastlufschweine, eigene Mastung.
à Pfd. 65 Pfg.
Wilhelm Neck,
Messefereibefugter. 906

Stoff-Rosen
in apart. hell. u. dunkl. Streif.
3.80 4.80 5.80 6.80
Starke Rosenträger 85 Pf.
Julius Löwe
Karlsruhe — Südstadt
25 Werderplatz 25.
Rabattmarken
für Angler. Vollständiges Angelgerät ist billig zu verkaufen. Hardstr. 4 c 5. Stock links.

Pferde-Fleisch.
Bringe für Samstag und folgende Tage
nebst meinen nur erstklassigen Fleisch- und
Wurstwaren
Zohlen-Fleisch
2-jährig, zum Verkauf. Versandt nach auswärts.
H. Gramlich, Durlacherstraße 59
Schlachtereier mit elektrischem Betrieb. — Teleph. Nr. 3319.

Stoff-Rosen
in apart. hell. u. dunkl. Streif.
3.80 4.80 5.80 6.80
Starke Rosenträger 85 Pf.
Julius Löwe
Karlsruhe — Südstadt
25 Werderplatz 25.
Rabattmarken
für Angler. Vollständiges Angelgerät ist billig zu verkaufen. Hardstr. 4 c 5. Stock links.

Stoff-Rosen
in apart. hell. u. dunkl. Streif.
3.80 4.80 5.80 6.80
Starke Rosenträger 85 Pf.
Julius Löwe
Karlsruhe — Südstadt
25 Werderplatz 25.
Rabattmarken
für Angler. Vollständiges Angelgerät ist billig zu verkaufen. Hardstr. 4 c 5. Stock links.

Pferde-Fleisch.
Bringe für Samstag und folgende Tage
nebst meinen nur erstklassigen Fleisch- und
Wurstwaren
Zohlen-Fleisch
2-jährig, zum Verkauf. Versandt nach auswärts.
H. Gramlich, Durlacherstraße 59
Schlachtereier mit elektrischem Betrieb. — Teleph. Nr. 3319.

Pferde-Fleisch.
Bringe für Samstag und folgende Tage
nebst meinen nur erstklassigen Fleisch- und
Wurstwaren
Zohlen-Fleisch
2-jährig, zum Verkauf. Versandt nach auswärts.
H. Gramlich, Durlacherstraße 59
Schlachtereier mit elektrischem Betrieb. — Teleph. Nr. 3319.

Pferde-Fleisch.
Bringe für Samstag und folgende Tage
nebst meinen nur erstklassigen Fleisch- und
Wurstwaren
Zohlen-Fleisch
2-jährig, zum Verkauf. Versandt nach auswärts.
H. Gramlich, Durlacherstraße 59
Schlachtereier mit elektrischem Betrieb. — Teleph. Nr. 3319.

Große Posten

neu eingegangene

Konfektion

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Grosse Posten **neuester Kostüme, Mäntel, Blusen, Röcke** zu unerreicht niedrigen Preisen.

Kostüme

Ein Posten Kostüme 19 ⁵⁰ aus Stoff, engl. Art, auf Halbseide, in allen Farben.	Ein Posten Kostüme 27 ⁰⁰ engl. Art und blau Ia. Verarbeitung, sehr preiswert.	Ein Posten Kostüme 35 ⁰⁰ blau und engl. Art, modernste Façon, beste Verarbeitung.	Ein Posten Kostüme 48 ⁰⁰ in allen modernen Farben, darunter einige Modelle.
--	---	---	---

Mäntel

Ein Posten Mäntel 12 ⁷⁵ aus Popeline, mit bunter Garnierung und Spange.	Ein Posten Mäntel 19 ⁵⁰ Ia. Popeline in vielen Ausführungen.	Ein Posten Mäntel 24 ⁵⁰ wetterfester Gummimitin, beste Ware Raglanfaçon.	Ein Posten Mäntel 26 ⁵⁰ blau und schwarz Lustré, beste Verarbeitung.
---	--	--	--

Blusen

Ein Posten Blusen 1 ⁹⁵ schwarz-weiss kariert mit buntem Kragen.	Ein Posten Blusen 3 ⁷⁵ weiss Voile mit reicher Stickerei.	Ein Posten Blusen 5 ⁹⁰ in allen mod. Farben, aus bester Helvetia-Seide.	Ein Posten Blusen 8 ⁵⁰ Reinseiden, Messaline in vielen Modelfarben.
---	---	---	---

Kostümröcke

Ein Posten Röcke 1 ⁹⁰ gute Ware, grau u. schwarz gestreift.	Ein Posten Röcke 3 ⁵⁰ in schwarz-weißen Streifen und Karos.	Ein Posten Röcke 6 ⁵⁰ moderne Schotten u. Streifen.	Ein Posten Röcke 13 ⁵⁰ Schoss-Form, in Schotten und and. modernen Stoffen.
---	---	---	--

Jeder Posten ist auf Extra-Ständer zur Besichtigung bereit gestellt

Mode-Haus Landauer

Alle Radfahrer

kaufen
Fahrräder, Gummi- und Ersatzteile
am billigsten bei

Hartung & Rüger

Generalvertretung für Weil-Torpedo, Goericke-Westfalen, Viktoria- und Phänomen-Fahrräder
Marienstrasse 63 Kaiserstrasse 23
Telephon 8211 Telephon 8349
Laufdecken v. M. 1.85 an, Schläuche v. M. 1.75 an
Komplette Fahrräder von M. 49.50 an
Besonders empfehlen wir unsere weitbekanntesten
Fidelitas-Räder.
= Wiederverkäufer Extrarabatt. =



Arbeitsamt
Küchendienst, 900
mehrere jung. Saalkellner,
Restaur.-Kochinnen,
Kochfräulein,
nicht. Küchennädchen,
sofort gesucht.

Städtisches Arbeitsamt
(allg. Birtegewerbe)
Zähringerstr. 100 I. Tel. 949.

Herrenrad
mit Freilauf, unter Garantie sehr
billig zu verkaufen. Fr. Hafner,
Dirschstr. 25, 3. Etod, Dinterb.

Brauerstr. 13, 1. St. l. ist
ein möbl. Mansarden-
Zimmer sof. od. sp. zu vermieten.

Hengras-Versteigerung.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe
versteigert am Samstag den
23. Mai, vormittags 9 Uhr,
an Ort und Stelle das Ge-
stränge von 28 Losen Wiese
im Gehweg „Wässerung“ beim
Hardthaus Welschneureut. Die
Lose sind in der Natur durch
Stäbte kenntlich gemacht und
haben einen durchschnittlichen
Flächeninhalt von 30 ar. Außer-
dem soll das Grasstränge
auf den beiderseitigen Dämmen
des Schwemmanals bis zum
Hochwasserdamm in 3 Losen
vergeben werden.
Der Steigerungsbreis kann
gegen Stellung eines zahlungs-
fähigen Bürgen bis 11. Novem-
ber 1914 gestundet werden.
Karlsruhe, den 12. Mai 1914.
Städt. Tiefbauamt.

Gulach, Hauptstrasse 41, ist
ein möbl. Zimmer
zu vermieten.

Viel Geld

sparen kluge Herren, wenn Sie zu
Pünktigen Ihren Bedarf decken im

Konfektionshaus Merkur

nur Durlach Ecke Haupt- u.
Gritznerstrasse

Passend für Schlanke und Korplente
Anzüge, 1- und 2-reihig von 13.50 bis 20.50
Anzüge, Ersatz f. Mass, 1- u. 2-reih. 23.50 „ 45.-
Moderne Beinkleider 2.90 „ 8.50
Gummi-Mäntel, wasserd. garant. 13.- „ 26.50
Bozener Mäntel, wasserd. impr. 8.50 „ 28.50
Pelerinen, wasserd. imprägniert 5.50 „ 15.50
Moderne Westen, einfarb. u. bunt 2.50 „ 7.50

Grosse Auswahl!
Kinder-Wasch-Anzüge von 2.50 bis 12.-
Kinder-Stoff-Anzüge von 3.50 bis 14.-
Hüte, Mützen, Kragen, Krawatten, Hosenträger,
Einsatzhemden, Socken, Normalwäsche, Regen-
schirme, Stücke. 808

Berufs-Kleidung, grösse Auswahl.
Gestrickte Kinder-Anzüge.
Gummi-Wäsche hier zu haben. — Reelle Bedienung.

Konfektionshaus Merkur

nur Durlach Ecke Haupt- u.
Gritznerstrasse

Sonntags geöffnet von 7-9 Uhr und von 11-2 Uhr.
Möchte meine werten Kunden aufmerksam machen
dass dieses Geschäft mein einziges in der ganzen
Umgebung ist und zu keinem anderen Geschäft gehört.

Durlach. Restaurant zum „Amalienbad“

(Telephon 148).
Den titl. Vereinen, Gesellschaften, Korporationen etc. etc. emp-
fiehlt sich das altrenommierte

Restaurant zum „Amalienbad“

(in der Nähe des Bahnhofes und der Haltestelle der Elektrischen)
bei Ausflügen, Veranstaltungen etc. aufs Angelegentlichste.
Großer parkähnlicher Wirtschaftsgarten (ca. 1000 Be-
sonen fassend) mit Kinderpietätsplatz. — Schöner separater
Tanzsaal und Restaurantssaal in 2. Etod.
ff. Cigar-Bier, hell und dunkel, gute reine Weine, offen
und in Flaschen.
Vorzügliche Küche. — Eigene Schlachtung.
Aufmerksame Bedienung zusichernd, ladet ergebenst ein
K. Dill, Wirt.
858

Achtung! Radfahrer!

Ein Fahrrad emallieren und vernickeln,
mit neuen Speichen demontiert und montiert
kostet in nur prima Ausführung 20 Mark.
Sämtliche Ersatzteile nur bester Fabrikate
zu staunend billigen Preisen bei

H. Busch Emallier- Anstalt Durlach.

Schöner Weißzeugschrank, vol.
80 Hl., 1 tlr. Schrank 10 Hl.,
Komoden 12 und 15 Hl., halb-
französische Betten, Nachtstischen
(Eichen) mit Marmor 10 Hl.,
Waschtisch 8 Hl., Federbetten,
Regulateur sehr billig Ludwig-
Wilhelmstr. 18 Hof. 1014

Wilmhelmsstrasse 75, 4. St. l.
ist ein möbliertes Zimmer
auf sofort zu vermieten.

Lebensmittel

Soweit Vorrat!

Holländer Schellfische	Pfd. 0.52
Holländer Kabliau, ganze Fische	Pfd. 0.32
Kasseler Rippenspeer	Pfd. 1.10
Leberwurst II	Pfd. 0.68
Blutwurst II	Pfd. 0.58
Junge Erbsen	Pfd. 0.28
Kopfsalat 3 Stück	0.20—0.25
Gurken Stück	0.18—0.30
Frische Erdbeeren	Pfd. 0.80
Jamaica-Bananen 3 Pfd.	0.90

Echt holländischer Kakao 1.70
3 Pfund 4.80 Pfund 1.70

Hermann Tietz.

Der
In
baste
Einbe
schäft
erjenn
gieder
Höderz
zahl far
reschlu
kollarbe
von Ein
solche n
bei Woju
merften.
jreit h
Kuch da
Ritglied
Jahren
ten Rik
Gambur
Mitglied
war 191
Es find
11 49 (1
aufsumm
46 269.
8166 (1
tenen V
bisjehn
werfere
band 72
begetret
194 794
Der
und Au
Summe
lichen R
gegen 11
Einnahr
17 994 0
weit me
stüngen
nen Unt
Markt
(140 830
Markt),
für Str
stüfung
Markfälle
(127 244
Der
noch rid
tung“ b
und Au
gestiegen
Ortskass
Summe
Das
Markt; e
lassen 5
Ergebnis
bedeuten
frügere
Markt.
Verband
begreifli
die Rah
der Stüt
tion. D
weit geb
Bucht ge
dem an
bereits
Es
Galeric
Lanneste
Valente
lern zur
Meinen,
drei We
strettig
jes Bild
stimmun
die Bild
Bromen
H a u e i
großzüg
gekauert
F i r n r
lektibus
Vorzüge
beit hatt
Bild „Z
Landjoh
schein“ u
verdiene
Arbeiten
guten H
Landjoh
lönnen
kritik b
zeichnen
ein Duf
kolozistij
D e r m o
schon da
Balken
fie Bau
fehlt im
die Aus
behandl
trittsch
(Capri)
N i d a r
etwas le
sein; we
Mit febr